

Kartellpräsident

für Deutschlands Buchdrucker und Schriftgießer

Herausgegeben vom Verband der Deutschen Buchdrucker

Bezugspreis 1 RM. monatlich, nur Postbezug • Das Einzel Exemplar 15 Pf. ohne Porto • Erscheinungstage Mittwoch und Sonnabend • Schriftleitung und Geschäftsstelle: Berlin SW 61, Dreibrüderstr. 5

67. Jahrgang

Berlin, den 31. August 1929

Nummer 70

Zur Preisbildung für Druckpapier

Wo wir in Deutschland hinschauen, stoßen wir in der Industrie auf sogenannte „Marktregende“ Kartelle. Diese Marktregung besteht in den meisten Fällen darin, daß man erst im Inland hohe Preise diktiert und dann auf Kosten der einheimischen Verbraucher im Ausland zu Schleuderpreisen verkauft. Ob man in der Wollstoffindustrie dabei die besonders berüchtigte Praxis der Zementkartelle ansieht, ob man die Kugellagerindustrie oder die chemische Industrie nimmt, überall findet man die gleiche Praxis, wenn auch oft unter verschiedenen Namen.

Ein besonderes Kapitel bildet dabei das Kartell der Druckpapierindustrie, das sich die Zeitungverleger und damit auch alle Zeitungsleser als Ausbeutungsobjekt ausgerechnet hat. Die deutsche Druckpapierindustrie hat zwei Kartelle. 80 Proz. der Fabriken sind in dem eigentlichen Kartell, dem Verband deutscher Druckpapierfabriken, zusammengeschlossen. Die restlichen 20 Proz. die Hülsenleier des Verbandes geblieben waren, haben sich später in dem zweiten Kartell vereinigt, dem sogenannten Verband ringfreier Druckpapierfabriken. Wo es sich aber um die Festsetzung der Preise handelt, geht auch dieses zweite Kartell mit seinem größeren Bruder durch Dick und Dünn. Auf manchen Gebieten reiben sich zwar diese beiden Verbände. Aber das sind schließlich Kleinigkeiten angesichts der Tatsache, daß durch ihr Zusammengehen in der Preispolitik die deutschen Verbraucher einem läckenlosen Papiermonopol gegenüberstehen.

Man könnten die deutschen Papiermagnaten, falls die ausländische Konkurrenz nach Deutschland käme; keinesfalls auf dem Inlandmarkt ohne weiteres schalten und wackeln wie sie wollen. Aber die bisherige deutsche Zollpolitik kommt ihnen dadurch zu Hilfe, daß sie durch hohe Zölle den deutschen Markt luftdicht gegen die ausländische Konkurrenz abschließt. Die Schutzzölle für Druckpapier betragen nämlich etwa 25 Proz. des Papierpreises, und so ist die deutsche Papierindustrie Herr in ihrem deutschen Hause. Diese Herrschaft wird so verstanden, daß man die deutschen Papierverbraucher zunächst für ein Kilo einlaßes Druckpapier 31 bis 33 Pf. bezahllen läßt, während der Weltmarktpreis nur zwischen 26 und 27 Pf. liegt. Die Kartellherren holen also aus ihrem Inlandmonopol bei den inländischen Verkäufen um 15 bis 20 Proz. höhere Preise heraus. Das ermöglicht natürlich enorme Sondergewinne, und die Höhe dieser Sondergewinne läßt sich leicht errechnen. Die deutsche Druckpapierproduktion beträgt jährlich etwa 500 000 bis 550 000 Tonnen, den Inlandsverbrauch kann man für 1928 auf rund 380 000 Tonnen, die Ausfuhr auf etwa 130 000 Tonnen schätzen. Der Wert des im Inland verkauften Papiers beträgt also etwa 120 Millionen Mark, so daß die Papierkartelle mit ihren gegenüber dem Weltmarkt um 15 bis 20 Proz. höheren Inlandspreisen jährlich die runde und nette Summe von 18 Millionen Mark an Extraprofiten aus den deutschen Papierverbrauchern herausholen, um die selbstverständlich alle Druckpapiererzeugnisse überflüssigerweise veräußert werden.

Geht die deutsche Druckpapierindustrie auf dem Weltmarkt, so muß sie natürlich zu Weltmarktpreisen verkaufen, senkt zu diesem Zweck die Inlandspreise um 20 Proz. und noch mehr und scheint selbst vor Unterbietungen auf dem Weltmarkt nicht zurück, da sie niedrigere Preise ja doppelt und dreifach bei den deutschen Papierverbrauchern wieder herausholen kann. Aber damit noch nicht genug. Die deutsche Druckpapierindustrie übernimmt auch Reparationsleistungen, so daß auch der Steuerzahler im allgemeinen, der ja immer auch Zeitungs- und Bücherleser ist, auch noch die billigeren Reparationsleistungen finanziert.

Welche tolleren Zustände unter der Monopolherrschaft des Druckpapierkartells eingetreten sind, beweucht ein beachtlicher Fall, den sich die deutsche Öffentlichkeit immer wieder vor Augen halten sollte. Der Fall ist durch einen Zeitungsverleger bekannt geworden, dem das Material mit icedestalligen Verfräsuren und entsprechenden Verlaubbungen übergeben worden ist. Danach hat der Verband deutscher Druckpapierfabriken in den Jahren 1921/25 Bilanzen mit großen Verlusten veröffentlicht. Dagegen hat sich ein Papierfabrikant, der Mitglied des Kartells war, gewandt und in der Generalversammlung dem Vorstand die Entlastung verweigert. Dann hat dieser Oppo-

nent nachgewiesen, daß in den beiden Jahren keine Verluste vorhanden waren, sondern ein tatsächlicher Reingewinn von nicht weniger als acht Millionen Mark bei einem Aktienkapital von nur 900 000 M. M. Unter dem Druck dieser Feststellungen hat dann das Kartell beschloffen, aus den großen im Stillen angehäuften Reserven im folgenden Jahre eine Dividende von nicht weniger als 330 Proz. zu verteilen, und damit noch nicht genug, wurde auch das Kapital verdreifacht und den Kartellmitgliedern neben der Resendividende in der Form von neuen Gratisaktien geschenkt. Das Geheimnis dieser geheimgehaltenen Gewinne liegt darin, daß zwischen den Verkaufspreisen des Kartells und seinen Berechnungspreisen mit den Werten eine sehr erhebliche Differenz besteht — man spricht von 3 bis 5 Pf. je Kilo — so daß in der Tat damit dem Kartell jährlich mindestens 15 Millionen Mark zuzuflehen mußten, die natürlich von den Kartellkosten nicht entfernt aufgebraucht wurden. So wurden insgeheim Millionen-gewinne angehäuft, von denen weder die Verbraucher noch die Öffentlichkeit etwas erfuhr, Millionen-gewinne, deren Verwendung im volkswirtschaftlichen Sinne ganz sicher keine produktive gewesen ist.

Diese Vorgänge sind selbst in der Kartellgeschichte, die gewiß schon tolle Dinge gezeigt hat, ohne Beispiel. Dennoch hat man nichts davon gehört, daß das Reichswirtschaftsministerium, die deutsche Aufsichtsbehörde in der Kartellpolitik, jemals etwas gegen das Druckpapiermonopol unternommen hätte. Es ist höchste Zeit, daß der schädlichen Politik der Druckpapierfabrikanten ein Riegel vorgeschoben wird. Der einfachste Weg dazu wäre, daß die schüßenden Zollmauern abgebaut und die deutschen Papiermagnaten der reinigenden Luft der ausländischen Konkurrenzen ausgeföhrt würden. Dann wird auch der Anflug aufhören, die Kartellpreise so hoch anzusetzen, daß noch die schlechtesten Betriebe eine ausreichende Rente erzielen und die guten Betriebe darüber hinaus noch extra eine Kartellrente, die mit einer normalen Verzinsung des Kapitals nichts mehr zu tun hat.

Das Buchgewerbe im Ausland

Österreich. Die schon seit Ende Juni andauernde Lohnbewegung im graphischen Gewerbe ist in ein sehr kritisches Stadium getreten. Das neue Mieterschutzgesetz, das eine nicht unwesentliche Erhöhung der Mieten zur Folge hat, und die im Zusammenhang damit einhergehende sonstige Steigerung der Lebenshaltungskosten, die eine recht fühlbare Kürzung des Reallohns hervorrief, veranlaßte das Graphische Kartell, entsprechend den protokollarischen Erklärungen des Tarifs an die Unternehmerorganisation mit der Forderung auf Erhöhung der Löhne heranzutreten. Diese Forderungen betragen für alle in Wien beschäftigten Arbeiterkategorien (Gehilfen, Hilfsarbeiter und Hilfsarbeiterinnen) einheitlich vier Schilling, für die betroffenen Arbeiter in den übrigen Bundesländern, denen eine wesentlich höhere Mietzinsfestsetzung als den Wienern geschieht vorgeschrieben wurde, sechs Schilling pro Woche. Wie bei jeder Lohnforderung, erklärten die Unternehmer auch diesmal, daß die angeblich schlechte Lage im Gewerbe und weil sie kürzlich ihre neuen Richtlinien für die Druckpreissetzung hinausgegeben hätten, eine Erhöhung der Löhne nicht verträge, und verlangten deshalb von den Unterhändlern der graphischen Arbeiter die Zurückziehung ihrer Forderungen; allenfalls — erklärten die Unternehmer — könne über eine Revision der Löhne diskutiert werden, wenn die Arbeiterchaft zur Vergabe der restlichen Feiertage, zur Erhöhung der Arbeitsleistungen, insbesondere an den Sechsmaschinen und zur Erfüllung noch sonstiger frommer Unternehmerwünsche bereit sei. Zu diesem frostigen Verhalten der Unternehmer nahmen Vertrauensmännerversammlungen der drei kartellierten Verbände in Wien und in der Provinz Stellung und lehnten die Zumutung der Unternehmer, die berechtigten Forderungen zurückzugeben, einmütig ab und verlangten, daß nunmehr ernsthaft Lohnverhandlungen eingeleitet werden; dabei wurde die Ausrede der Unternehmer auf den schlechten Geschäftsgang mit dem Hinweis auf die glänzende Konjunktur in den Bundesländern außerhalb Wiens, wo es keine Arbeitslosen gibt und die Arbeiter nur unter Zuhilfenahme von Überstunden bewältigt werden können,

abgelehnt. In einer neuerlichen Konferenz der Unternehmer und der Arbeiter, die zeitweise sehr kritisch war, erklärten die Unternehmer wieder, den Wünschen ihrer Arbeiterchaft nicht entsprechen zu können; schließlich einigte man sich aber doch dahin, die Verhandlungen um eine Woche zu verschieben, um so den Unternehmern Gelegenheit zu geben, ihren Auftraggebern über die Sachlage zu unterrichten. Es war eine recht gewagte Zumutung des Graphischen Kartells an die Kollegen, die weitere Entwicklung der Dinge in gewohnter Disziplin abzuwarten; dies um so mehr, als den Kollegen inzwischen bekannt geworden war, daß ein Teil der Unternehmer und ihrer Funktionäre das Jahr 1930 — in dem die Revision des Tarifs fällig ist, bei der die Unternehmer glauben, die graphische Arbeiterchaft an die Wand drücken zu können und so die Erfüllung ihrer wahrlich nicht wenigen frommen Wünsche zu erreichen — nicht mehr erwarten können und schon jetzt zum Kampfe aufriefen. Auch in den neuerlichen Verhandlungen erfuhren die Forderungen der Arbeiter eine kategorische Ablehnung; als Unterhändler bestimmten die Unternehmer diesmal ausgesprochene Scharfmacher, Inhaber kleiner und kleinster Betriebe, die im Konfliktfalle nichts oder nur wenig zu riskieren haben. Schließlich verlangten die Unternehmer die Verschiebung der Verhandlungen bis Dezember, da nach ihrer Meinung erst zu diesem Zeitpunkt eine richtige Auswirkung der Teuerung im Folge des neuen Mietengesetzes — und auch der Zollpolitik der bürgerlichen Regierung — sichtbar sein werde. Nachdem es so immer offenkundiger wurde, daß die ganze Taktik der Unternehmer auf Verschleppung und Provokation zum Kampfe aufgebaut war, fehlten in der Provinz örtliche Aktionen ein, die in Salzburg zu Streiks bzw. Ausperrungen und in Oberösterreich und Steiermark zu provisorischen Abkommen führten, nach denen bis zur Erzielung einer zentralen Regelung der Löhne den Gehilfen 3 Schilling, den Hilfsarbeitern 2,50 Schilling und den Hilfsarbeiterinnen 2 Schilling pro Woche Lohnaufbesserung erhielten. In Wien aber blieb es nach wie vor ausgeschloffen, die Unternehmer zu einem Entgegenkommen in der Lohnfrage zu bringen. Die Kartellvertreter erklärten sich schon mit einer Verlegung des Verhandlungstermins bis zum Oktober bereit, unter der Voraussetzung, daß auch in Wien analog der Provinz provisorische Lohnzuschüsse bis zu diesem Zeitpunkt gegeben werden. Während einer Sitzung der Ausschüsse der drei kartellierten graphischen Verbände am 9. d. M. traf von den oben auch verammelten Unternehmern die telephonische Mitteilung ein, daß auch der letzte Vorschlag der Kartellvertreter und damit die Forderungen der Arbeiterchaft kategorisch abgelehnt seien; die Unternehmerorganisation stehe auf dem Standpunkt, daß das aus dem Tarif abgeleitete Recht der Gehilfen, halbjährig von den Unternehmern eine Revision der Löhne zu verlangen, für diese keine Pflicht in sich schliesse, eine Lohnerrhöhung auch zu geben. Die Unternehmerorganisation hat auch schon Weisungen für den Kampf an ihre Mitglieder herausgegeben, hatte sich, wie aus dem ganzen Verlauf dieser Lohnbewegung ersichtlich, von vornherein ganz auf den Kampf eingestellt, in der — wie es sich zeigen wird — irdigen Annahme, bei der nächstjährigen Tarifrevision um so leichteres Spiel zu haben. Am Montag, dem 12. August vormittags, traten die Gewandmäner zu einer Konferenz zusammen. Die Lage ist sehr kritisch, ein Kampf wohl unausweichlich, wenn die Unternehmer nicht noch in letzter Minute einlenken, womit aber kaum gerechnet wird.

Tschekoslowakei. Der kürzlich erschienene Bericht über die Tätigkeit des Verbandes der Buchdrucker im Jahre 1928 stellt einseitig eine äußerst günstige Beschäftigung im graphischen Gewerbe im vergangenen Jahre fest; trotzdem aber weist das Lebensniveau der Kollegen eine sinkende Tendenz auf, weil die Unternehmer für die schwierige Lage ihrer Arbeiter absolut kein Verständnis aufbringen. Dieses mangelnde Verständnis der Prinzipale für die Bedürfnisse ihrer Gewinnbringer rief unter diesen eine nicht mehr einzubändigende Unzufriedenheit hervor, die den Verbandsvorstand veranlaßte, eine Revision der Teuerungszulage in die Wege zu setzen. Die Unnahgiebigkeit der Unternehmer rief bei ihrer Arbeiterchaft die größte Erbitterung hervor, und erst bei neuerlichen Verhandlungen kam eine Einigung zustande, nach der eine zweimalige Teuerungsbefreiung von je

59 Proz. des regelmäßigen Wochenlohns zur Auszahlung gelangte. Mit der schon erwähnten günstigen Konjunktur während des ganzen Jahres ging keineswegs eine volle Beschäftigung der Arbeiterklasse einher; es stellte sich vielmehr heraus, daß die Arbeitslosigkeit selbst in dieser Zeit höchster Konjunkturerhellung eine dauernde Erscheinung bilde und so Wege gesucht werden müssen, die zu einem Normalzustand führen. Im 1028 Arbeitslose wurden für 41 911 Tage an Verbandsunterstützung 458 896 Kronen ausbezahlt, während die Landesvereine noch 324 898 Kronen für diesen Zweck beisteuerten. Der dritte ordentliche Verbandstag war die bedeutsamste Veranstaltung des Berichtsjahres; er brachte den Beweis, daß die Buchdrucker in allen organisatorischen und ihre Existenz und das Arbeitsrecht betreffenden Fragen immer nur so entscheiden, wie dies eine gute Organisation und das Interesse ihrer Mitglieder bedingen. Wohl die dringlichsten Fragen, die den Verbandstag beschäftigten, waren die wirtschaftliche Situation und die tariflichen Verhältnisse im Zusammenhang mit der noch in diesem Jahre bevorstehenden Tarifrevision. Um der konstanten Arbeitslosigkeit zu steuern, wurde der Verbandsvorstand beauftragt, der Unternehmerorganisation einen Vertragsentwurf vorzulegen, auf Grund dessen die Aufnahme von Lehrlingen in den Buchdruckerereien einzuschränken ist. Den Kollegen in Einklang wurden zur Unterstützung ihrer Lohnbewegung als Pflichtbeitrag 67 000 und als außerordentlicher Beitrag 5000 Kronen überwiesen. Worte besonderer Anerkennung für seine Verdienste um die gesamte internationale organisierte Buchdruckerarbeit wurden dem heimgegangenen Vorsitzenden des Verbandes der Deutschen Buchdrucker, Kollegen Joseph Seif, gewidmet. Im Verbandsgebiet besaßen sich Ende des Berichtsjahres 8727 Berufsangehörige (Gesellen); davon waren 8099 Verbandsmitglieder (92,8 Proz.), 367 Nichtorganisierte oder anderweitig organisierte (4,2 Proz.) und 261 Invalide (3 Proz.). Das Verhältnis zwischen Organisierten und Inorganisierten blieb in den letzten Jahren nahezu unverändert. Der Zuwachs an Gieß- und Sechsmaschinen betrug im Vorjahre 64; davon waren 24 Linotype, 16 Intertype, 12 Typograph, 6 Monotypetafeln, 7 Monotypiegeschichten; eine Linograph ging ab. Ende des Berichtsjahres waren im Verbandsgebiet 557 Linotypes, 116 Interotypes, 216 Typographs, 2 Monofines, 2 Linograph, 79 Monotypetafeln, 53 Monotypiegeschichten (insgesamt 893 Zeilenformmaschinen, 79 Tafeln und 53 Gießmaschinen) mit 1521 daran beschäftigten Gesellen zu verzeichnen. Seit Ende des Jahres 1922 wuchs die Zahl der Zeilenformmaschinen um 316 oder 54,77 Proz., die der Monotypetafeln um 37 oder 88,09 Proz., und der Monotypieapparate um 25 oder 89,28 Proz., während die Zahl der daran beschäftigten Personen um 545 oder 55,84 Proz. gestiegen ist. Von dem zum Jahresende 1928 im Verbandsgebiete befindlichen 1155 Buchdruckerbetrieben gehörten 1008 (87,27 Proz.) der Tarifgemeinschaft an, 147 (12,73 Proz.) waren tariflos; die verhältnismäßig größte Zahl an tariflosen Druckereien weisen Schlesien (48 Proz.) und die Slowakei (24,15 Proz.) auf, wogegen letztere Provinz auch am meisten unter der Arbeitslosigkeit litt. Im Verbandsunterstützungen wurden insgesamt 1 098 839 Kronen ausgezahlt (150 731 Kronen weniger als im Jahre vorher). An die Arbeitslosen wurden 458 896 Kronen (207 164 Kronen weniger als 1927) an Unterstützung ausbezahlt, an die Invaliden 612 590 Kronen (21 057 Kronen mehr als im Vorjahr). Die Erhöhung der ausgezahlten Invalidenunterstützung tritt alljährlich regelmäßig in Erscheinung. Seit der Gründung des Verbandes im Jahre 1922 — also im Zeitraum von 8 Jahren — liegt die Unterstützung für die Invaliden von 178 960 Kronen um 438 684 Kronen, also um 257,95 Proz. An staatlichem Beitrag zur Arbeitslosenunterstützung (nach dem Genter System) kamen 388 927 Kronen (179 780 Kronen weniger als im Jahre 1927), zur Auszahlung. In den zentralisierten Unterstützungen des Verbandes gewährten noch die Landesvereine außerordentliche Unterstützungen, die im abgelaufenen Jahre die Summe von 790 381 Kronen erreichten. Das Eigenvermögen des Verbandes am Jahresende betrug 850 680 Kronen und der Fonds zur Unterstützung von Arbeitslosen nach dem Genter System 316 640 Kronen, so daß für jedes Verbandsmitglied der Anteil am Gesamtvermögen 1502,39 Kronen beträgt. Das Vermögen der vier Landesvereine betrug 10 512 341 Kronen und hat sich gegenüber dem Vorjahre um 30,04 Proz. vermehrt. Am Schlusse des Berichtes wird auf die bestehende schwierige Situation insofern der bevorstehenden Revision des Kollektivvertrages hingewiesen und von allen Kollegen erwartet, daß sie sich der Bedeutung dieses Zeitpunktes bewußt sind und durch Geslossenheit und angewohnte proletarische Disziplin die nach dem Kriege so teuer erkauften und jetzt von der Reaktion bedrohten Errungenschaften nicht nur aufrechterhalten, sondern die Organisation auch neuen Erfolgen zuführen.

Polen. Das Buchdruckerereien in Polen unterlag bisher im Gegensatz zu anderen Gewerben nicht den geringsten gesetzlichen Bestimmungen in bezug auf Sicherheit für Leben und Gesundheit seiner Angehörigen sowie auf Hygiene in den Arbeitsräumen. Es konnte ausgelastet werden von jedermann und wurde häufig von Leuten betrieben, die von ihm keine Ahnung hatten und nur bestrebt waren, Kapital daraus zu schlagen. Dementsprechend waren die Arbeitsräume sehr häufig untergebracht in engen, finsternen Kellern ohne Fußböden, jahrelang nicht gekliffet oder geweißt, nicht selten in Kellern oder gar in Schuppen, die früher als Wagenremisen gedient hatten. Sie bildeten

eine dauernde Gefahr für die darin Beschäftigten. Die Gewerkschaften führen daher seit Jahren einen zähen Kampf, um diese Mißstände zu beseitigen und hier eine Besserung herbeizuführen. Durch direkte Vorstellungen in den einzelnen Betrieben sowohl wie durch Anrufung der Arbeitsinspektionen, durch Aktionen in den Spalten der eigenen Organe, wie schließlich durch Eingaben und Konferenzen im Arbeitsministerium wurde immer wieder versucht, eine Abstellung dieser unwürdigen Zustände herbeizuführen. Die achte Generalversammlung des Verbandes, die im vorigen Jahre in Polen stattfand, und an der auch der verstorbene erste Vorsitzende unseres Verbandes, Kollege Seif, teilnahm, sah nach dieser Richtung konkrete Beschüsse, die in einer Resolution zusammengefaßt und nicht andern Forderungen dem Arbeitsministerium sowie den andern in Betracht kommenden Faktoren überreicht wurden. Diese unausgesprochenen Bemühungen scheinen jetzt endlich von Erfolg gekrönt zu sein. Das Ministerium für Arbeit und soziale Fürsorge im Einvernehmen mit den andern in Betracht kommenden Ministerien hat jetzt den Entwurf einer Verordnung herausgegeben, der zwar einige Gehilfenforderungen, wie Verbot der Frauenarbeit in den Seherieen, Verbot der Arbeit von Jugendlichen usw., unberücksichtigt läßt, im übrigen jedoch einschneidende Reformen bringt und in vier Abschnitten und 27 Paragraphen Bestimmungen enthält, die geeignet sind, die vielfach grauenhaften Zustände in manchen Kunsttempeln radikal zu beseitigen. So enthält der Abschnitt 1 in 12 Paragraphen Vorschriften über die allgemeine Einrichtung der Arbeitsräume in den Seherieen, Druckereien, Schriftgießereien und Zinkographien, ihre Licht- und Luftverhältnisse, Befähigung der Wände, der Fußböden usw. Halbjährlich müssen sämtliche Räume geweißt, die Fußböden geißt werden. Jedem Arbeiter ist Waschgelegenheit, kaltes und warmes Wasser mit Abfluß des schmutzigen Wassers, Seife, Bürste zum Reinigen der Hände sowie wöchentlich ein Handtuch zur Verfügung zu stellen. Betriebe mit über 50 Beschäftigten sind verpflichtet, Brausebäder (für je 10 Personen eins) zu schaffen; die Betriebe, die keine Badeeinrichtungen besitzen, haben den Angestellten wöchentlich ein Bilkett für die Badeanstalt unentgeltlich zu liefern. Es müssen verschließbare Garderobenräume für jede Person, Speiseräume mit Tischen und Sitzgelegenheit sowie Küchen zum Wärmen der Speisen vorhanden sein. In jedem Betriebe muß sich ein entsprechender Arzneikasten befinden. Abschnitt 2 (§§ 13 bis 15) behandelt die Unfallverhütungsvorschriften in den Maschinenräumen. Abschnitt 3 enthält in den Paragraphen 16 bis 22 scharfe Vorschriften über die laufende Sauberhaltung der Arbeitsräume. Wöchentlich müssen die Fußböden nach aufgeweicht, die Wände abgewaschen werden. Regale, Kästen, Bretter, Fächer, Waschgelegenheit, Garderobe und Frühstücksräume müssen täglich gefäubert, viermal im Jahre die gesamten Arbeitsräume gründlich entstaubt werden. Jeder Arbeiter hat auf Kosten des Geschäftes zwei wechselnde Arbeitsanzüge und Arbeitsschuhe zu erhalten; diese müssen täglich nach beendeter Arbeit entstaubt und gereinigt werden. Der vierte und letzte Abschnitt enthält allgemeine Vorschriften über Gesundheit und Leben der Arbeiter; er verpflichtet die Neueintretenden zur ärztlichen Untersuchung auf Kosten des Geschäftes. Jeder Arbeiter ist verpflichtet, alle drei Monate der Geschäftsführung ein ärztliches Gesundheitszeugnis der Krankenkasse vorzulegen. Die Geschäftsführung haben Kontrollbücher über die Gesundheit der Arbeiter zu führen. Der vorletzte Paragraph enthält Strafvorschriften für Übertretung der Bestimmungen dieser Verordnung. Es wird Sache der Gesellen sein, dafür zu sorgen, daß diese Verordnung nicht nur auf dem Papier stehen bleibt. Nach einer vom polnischen Gewerkschaftenverband ausgenommenen Statistik beschäftigt das graphische Gewerbe in der Republik Polen rund 15 000 bis 16 000 Personen. Die amtliche Statistik, die allerdings nur die Betriebe mit über 20 Personen erfasst, verzeichnet für das Jahr 1925: 9051 Beschäftigte, 1926: 7648 und 1927: 9127 Beschäftigte; diese Zahl stieg im dritten Vierteljahr des Jahres 1928 auf 10 400 Personen. Die Zahl der graphischen Anstalten mit 20 und mehr Angestellten beträgt nach der amtlichen Statistik 190. Diese 10 400 Beschäftigten verteilen sich auf die einzelnen Wojwodschastzen wie folgt: Warschau 3474, Lodz 670, Posen 2050, Pommernellen 480, Polnisch-Schlesien 724, Krakau 820, Lemberg 1176. In diesen Zahlen sind nicht eingerechnet die Arbeitslosen und die Beschäftigten in den Betrieben mit weniger als 20 Personen. Diese werden auf 5000 bis 6000 geschätzt, so daß sich im ganzen die oben angegebene Zahl von 15 000 bis 16 000 ergibt. Von diesen sind in Organisationen zusammengeschlossen 7000 Mitglieder, und zwar in einer Polen-Pommereker Sonderorganisation 400, im Jüdischen Verband 1500 und im Deutschen Verband 200. Da den Organisationen nur gekennte Gesellen angehören, kann angenommen werden, daß rund 80 Proz. der in Polen arbeitenden Gesellen organisiert sind. Interessant sind die Angaben der amtlichen Statistik über die Ferien der im graphischen Gewerbe Beschäftigten. Obwohl diese durch Landesgesetz geregelt und festgelegt sind, zeigt die geringe Zahl der Ferienteilnehmer im Einklange. Die Statistik verzeichnet für das Jahr 1928: im Januar 2, Februar 2, März 26, April 42, Mai 210, Juni 361, Juli 415, August 345 und September 132 Personen, die von ihren Ferien Gebrauch machten; das wären nur etwa 1500 von 15 000 bis 16 000 Beschäftigten. Über diese auffallende Erscheinung sagt weiter die amtliche Statistik noch der Bericht des Ge-

hilfenverbandes etwas; letzterer erwähnt nur, daß die Zahl der Urlaubnehmer dort am größten ist, wo organisierte Gesellen vorhanden sind.

Frankreich. In Toulouse, der durch ihre historischen Monumente und ihre Kunstreichthümer bekannten, an der spanischen Grenze gelegenen sübfranzösischen Stadt, fand im der Woche vom 12. zum 18. August der 13. Kongress des französischen Buchdruckerverbandes statt. Als Tagungslokal hatte die Stadverwaltung das Kapitoltheater zur Verfügung gestellt. Außer den Delegierten aus Frankreich, Korsika und Nordafrika wohnten dem Kongress als Gäste bei: für das internationale Buchdruckersekretariat Kollege Grundbacher, für die Buchbinder-internationale Kollege Hochstrasser, für die Konfederation General du Travail Léon Souhau, für den belgischen Verband Kollege Teunissen, für den Verband der Deutschen Buchdrucker Kollege Krauß, für den holländischen Verband Kollege Van der Wal, für den tschechischen Verband Kollege Nemec, für den schweizerischen Verband Kollege Drocco (Genf), für den luxemburgischen Verband Kollege Westler. Nachdem der Kongress durch den Vorsitzenden der Sektion Toulouse begrüßt worden war, eröffnete Kollege Liéon im Namen des Zentralvorstandes die Sitzung. Er gedachte in seiner Ansprache auch des verstorbenen Vorsitzenden des deutschen Verbandes, Kollegen Seif, sowie des so schwer heimgegangenen langjährigen Vorsitzenden der Sektion Elsaß-Lothringen, Kollegen Albert Klein (Straßburg). Nach den Ansprachen der fremden Delegierten folgte allseitig eine lebhaft diskutierte ein über den Rechenschaftsbericht des Zentralvorstandes. Wenn besonders bei diesem Punkte die Redesucht manchmal die Dämme zu überschreiten drohte, so ist das zum größten Teil auf das französische und besonders das sübfranzösische Temperament und die landsübliche Auffassung des Syndikalismus zurückzuführen. Daß man trotz allem nur das Interesse des Ganzen im Auge hatte, bewiesen die Abstimmungen, die in fast allen Fällen das Vertrauen zum Zentralvorstand zum Ausdruck brachten, trotzdem ihm manchmal am Zeuge geklickt wurde. In der Diskussion spielte besonders die Haltung des Vorstandes gegenüber einzelnen Streiks eine große Rolle. Nach Abnahme des Zentralvorstandsberichtes sowie des Kassensberichtes kam eine Resolution des Syndikates der Pariser Korrekturen zur Debatte, die sich mit dem Verhältnis des Verbandes zu den Unitären befaßt; einer kommunistischen Gruppe, die sich 1921 vom Zentralverband abgesplitterte unter dem Vorwand, der Verband sei allzu sehr reformistisch und deshalb nicht radikal genug in seinem Vorgehen. Von der großen Mehrzahl der Redner wurde die Haltung des Zentralvorstandes gegenüber den Unitären gutgeheißen, und mit allen Stimmen gegen acht wird der kommunistische Antrag abgelehnt. Nach einer mit großem Beifall ausgenommenen Ansprache des Generalsekretärs des Französischen Allgemeinen Arbeitsbundes, Léon Souhau, ging man zur Besprechung der auf der Tagesordnung stehenden Anträge der Sektionen über. Ein Antrag der Sektion Angers verlangte die allgemeine Einführung der 44-Stunden-Woche. Begründet wurde die Forderung mit dem Hinweis auf eine gewisse Arbeitslosigkeit und die Gefahr, daß hierdurch ältere Kollegen entlassen werden könnten, indem man sich auf deren Minderleistungsfähigkeit berufe. Von den meisten Diskussionsrednern, besonders vom Generalsekretär Liéon, wurden diese Verfühlungen als übertrieben bezeichnet. Von Arbeitslosigkeit könne nicht die Rede sein. Das Überstundenwesen drohe im Gegenteil eine allgemeine Gefahr zu werden. Auch er sei ein Anhänger der verkürzten Arbeitszeit; ehe man aber auf diesem Gebiete einen Schritt weiter gehe, müsse darauf gedrängt werden, daß die 48-Stunden-Woche allgemein eingehalten werde. Die Stellungnahme des Vorstandes wurde gutgeheißen. Ein Antrag Metz verlangt die Einführung des Anbestarfs; die jetzige Regelung nach Lokaltarifen berge eine große Gefahr für den Verband in sich, da zwischen den Löhnen der einzelnen Bezirke resp. Druckereispannungen hinsichtlich des Lohnes von 24 bis 52 Fr. pro Woche beständen. In der Diskussion wurde hervorgehoben, daß die von Metz verlangte Regelung zwar erstrebenswert, augenblicklich aber sehr schwer, wenn nicht unmöglich durchzuführen sei. Man müsse vorerst versuchen, den Regionaltarifen Eingang zu verschaffen, die eine erste Etappe seien auf dem Wege zur Verwirklichung des allgemeinen Landestarifes. Solche Regionaltarife seien bereits Latzade in Paris, Versailles und Bourdeaux. Ein dahingehendes Vorgehen sei auch für andre Bezirke geplant. In der Offizfrage wird die gegenwärtige Regelung beibehalten, mit dem Zusatz, daß, wenn keine Lithographen vorhanden seien, die Buchdrucker zur Bedienung der Offsetmaschine herangezogen werden sollen. Niemand aber dürfe ungelernetes Personal auf dieser Funktion spezialisiert werden, wie dies bisher mancherorts der Fall war. In der Lohnfrage wurden die Offsetmaschinenmeister mit den Maschinensehern und Notationsdruckern gleichgestellt. — Von der Handfegervereinigung Paris lag ein Antrag vor auf Gleichstellung des Lohnes der Handfeger und der Maschinenfeger. Die Begründung dieses Antrages durch Kollegen Largentier (Paris) war ziemlich verschwommen. Man wisse nicht, will Redner den Lohn der Handfeger auf die Stufe der Maschinenfeger erhöhen, oder wünscht er eine Beschneidung der Maschinenfegerlöhne, um sie auf solche Weise den Löhnen der Handfeger anzupassen. Der Antrag erfährt fast allgemeine Ablehnung. Liéon führte aus, daß, wenn auch das Prinzip des gleichen Lohnes anerkennenswert sei, so widerspreche sich der gegenwärtige Tarif einer solchen Forderung. Die Mehrzahl der Maschinenfeger beruhe

übrigens größtenteils auf der richtigen Erwägung, daß die Arbeiter, die zur Bedienung der Maschinen mit großer Produktion herangezogen werden, an dem Mehrertrag dieser technischen Neuerungen ihren Anteil haben müßten, und daß eine bessere Bezahlung der diese Maschinen Bedienungenden der wirksamste Schutz für die Handarbeit sei. Die Faltung des Vorstandes wurde mit großer Majorität gebilligt und der Antrag betreffend den Einheitslohn abgelehnt. — In der Lehrlingsfrage wurde beschlossen, die gegenwärtige Regelung (ein Lehrling auf fünf Gehilfen) beizubehalten; es wird den Sektionen ans Herz gelegt, mehr als bisher über die strikte Einhaltung dieser Bestimmung zu wachen. Auch wird nicht außer acht zu lassen sein, daß bei der Platzierung der schulentlassenen Jugend Rücksicht zu nehmen ist auf die Bedürfnisse und Ausichten der einzelnen Berufe. Was das Anlernen an der Sehmachine betrifft, schloß der Kongreß sich den Ansichten des Vorstandes an. — Aber die Frage der durchgehenden siebenstündigen Arbeitszeit entspann sich eine angeregte Diskussion. Kollege Liouhon wies auf die zwischen der Prinzipalsorganisation und dem Gehilfenverband in dieser Frage getroffenen Vereinbarungen hin und verlangte die Beibehaltung der jetzigen Regelung, womit der Kongreß einverstanden war. Die Sektion Angers verlangte die allgemeine Einführung von bezahlten Ferien. Man wird die nötige Propaganda einleiten, um das Votum über dieses im Parlament anhängige Gesetz zu beschleunigen. — Vorbezug verlangte die allgemeine Einsetzung von Betriebsräten, wie sie in manchen Häusern von Bordeaux und Toulouse schon in Übung sind. Vom Verbandsvorstand wurde bemerkt, daß diese Einrichtung mit dem Syndikalismus nichts zu tun habe; man werde die Anregungen jedoch prüfen. Es kam darauf zu einer Aussprache über das Gesetz betreffend die sozialen Versicherungen, das im Jahre 1930 in Kraft treten wird. Allgemein wurde hervorgehoben, daß es Pflicht des Verbandes sei, alles daran zu setzen, damit diese für die Arbeiterschaft begründete Einrichtung durch gemeinsamen Zusammenarbeiten das werde, was man von ihr erwarte. In Anbetracht des Feiertages (Maria Himmelfahrt) wurden für Donnerstag die Sitzungen ausgesetzt. Die Sektion Toulouse benützte diese Gelegenheit, um den Kongreßteilnehmern die Schönheiten der Stadt und der Umgegend zu zeigen. — Den Tag beschloß ein Empfang in den Betriebsräumen der „Dépêche de Toulouse“, der größten Tageszeitung von Südfrankreich, deren Direktion, mit Senator Sarraut an der Spitze, es sich nicht nehmen ließ, die Gäste mit echt französischer Gastfreundschaft zu bewirten. — Am Freitag wurden die Arbeiten des Kongresses wieder aufgenommen. Zur Debatte standen die Abänderungen am Verbandsstatut. Der Verbandsvorstand hatte die eingeleiteten Anträge bereits bereinigt, was aber nicht verhinderte, daß die Aussprache darüber zeitweise ziemlich angeregt war. Artikel 1 des Statuts bezeichnet als Zweck des Verbandes unter anderem „die Aufrechterhaltung und Entwicklung der brüderlichen Bande, die die Buchdruckerfamilie umschließt“, sowie „die Aufstellung und die Verteidigung der allgemeinen Arbeitsbedingungen in allen Städten.“ Diese Fassung von Artikel 1 dünkte der Sektion Toulouse als zu bürokratisch und prosaisch. Diese Bestimmung sei zu ersetzen durch eine Fassung, die mehr das Ideal der syndikalistischen Bewegung zum Ausdruck bringe: „die Emanzipation der Arbeiter zu verfolgen durch Abschaffung der Lohnarbeit.“ Diese Forderung sei übrigens in dem allgemeinen Arbeitsvertrag von Amiens (Charte d'Amiens) niedergelegt und entspreche am besten dem Ziele der Gewerkschaftsbewegung; sie werde sowohl von der reformistischen wie von der revolutionären Gewerkschaftstendenz gutgeheißen. Der Verbandsvorstand bekämpfte diesen Zusatz mit dem Hinweis, daß das Statut ein zusammenhängendes Ganzes sei und von sich aus schon verlange, daß man Arbeiter sei, um dem Buchdruckerverband anzugehören zu



Fünfzig Jahre Verbandsmitglied



D. Schuster in Mannheim
Eingetreten: 1. September 1879
Zeit Invalide



Otto Melzer in Chemnitz
Eingetreten: 1. September 1879
Zeit Invalide



können. Der Arbeitsvertrag von Amiens sei in dieser Frage nicht im Spiele. In namentlicher Abstimmung wurde der Antrag Toulouse mit 144 gegen 88 Stimmen angenommen, jeder Zusatz dazu abgelehnt. Betreffend die Feier des 1. Mai wurde beschlossen, die jetzige Regelung beizubehalten. Es bleibt mithin den Sektionen überlassen, in dieser Frage nach Gutdünken zu handeln. Ein Antrag, alle drei Jahre den Nationalkongreß abzuhalten, wird abgelehnt; es bleibt bei der jetzigen fünfjährigen Periode. Die meisten übrigen Fragen, Beiträge, Biakium und sonstige Verbandsunterstützungen werden im Sinne der Vorschläge des Verbandsvorstandes erledigt. Am Abend wurde den Kongreßteilnehmern seitens der Stadtverwaltung von Toulouse der Ehrenwein in der „Salle des Illustres“ serviert. Neben wurden gehalten von Vertretern des Bürgermeisters sowie von den Kollegen Cognac, Journeau und Foucaud. In der Sonnabendfeier erlangte der Kongreß interne Angelegenheiten. Straßburg wurde als Tagungsort des nächsten Kongresses gewählt. In der Schlussitzung dankte Kollege Grundbacher im Namen der Gäste für den ausnehmend herzlichen Empfang in Toulouse. Journeau, als Vertreter von Generalsekretär Liouhon, der infolge schwerer Erkrankung seiner Gattin den Kongreß verlassen mußte, sprach das Schlusswort.

Großbritannien. Die Lage im englischen Buchdruckgewerbe bleibt günstiger als im vorigen Jahre. Den Beobachtern scheint es, als ob die Bestellungen, welche durch die große Wahl aufgehoben wurden, nun ausgegeben werden. Die Sommerferien sind gegenwärtig in vollem Schwung, wodurch gewöhnlich eine günstige Rückwirkung auf den Arbeitsmarkt herbeigeführt wird. Die teilweise Wiedereinführung des Prämiensystems und das zufällige Anwerben höherer überarbeitsfähiger Löhne zeigen deutlich, daß es noch einen Mangel an brauchbaren Maschinengebern gibt, besonders im Zeitungsbetrieb, wo die Aussicht für die Gehilfenchaft noch günstig ist. Die Londoner Sehergesellschaft hat neulich für das beste Muster einer Mitgliedskarte für das Jahr 1930 eine erste Prämie von

5 Pfd. Sterk. an. Die Bestellung von 16 000 Karten wird der Druckerei übertragen, in welcher der erfolgreiche Bewerber tätig ist. Kollege Robert Watson, Generalsekretär der schottischen Typographical Association, wurde neulich zum Vorsitzenden des schottischen Gewerkschaftsbundes gewählt. Die vierteljährliche Tagung der Londoner Maschinenseherorganisation (der sogenannten Maschinensehergewerkschaft) fand neulich in London statt, auf der über eine zufriedenstellende Finanzlage berichtet werden konnte. Der Bericht weist eine Mitgliedschaft von 1207 (841 Linotypeseher, 289 Monotypeseher, samt einer Ehrenmitgliedschaft von 71) aus. Der Mangel an erfahrenen Maschinensehern während der großen Wahl wurde in Erwägung gezogen und die Absicht betont, eine Erhöhung des Minimums der Maschinenseher zu fordern, um dadurch mehr und mehr tüchtige Handseher in den Betrieb einzufügen. Der Krankheitsstand während des Quarantäne war etwas ungünstig, da 148 Mitglieder gezwungen wurden, Unterstützung in Anspruch zu nehmen.

Das „Salisbury and Winchester Journal“ feierte vor kurzem das Jubiläum seines 200. Geburtstages durch die Herausgabe einer großen Beilage, in welcher die Köpfe des Journals wiedergegeben wurden, darunter befand sich auch ein Faksimile der ersten Nummer.

Ein neues, staatliches Heim für die Gehilfenchaft und Beamten der Londoner „Daily Express“ und „Sunday Express“ ist in Vorbereitung und wird im Jahre 1931 vollendet sein. Das Gebäude soll die größte und modernste Zeitungsdruckerei in Britannien werden. Die Kosten des Unternehmens, ganz im Innersten der Hauptstadt gelegen, sind so groß, daß die Direktion eine neue Nebenaktiongesellschaft dafür eingerichtet hat.

Die Leitung des Provinzverbandes (Typographical Association) hat beschlossen, den Entwurf für die zukünftige Verwaltung der Altersunterstützung bis zur großen Delegiertenversammlung im nächsten Jahre aufzuschieben. Diese besuchene Politik von seiten der Leitung scheint der natürlichen Folge der Aufregung in verschiedenen großen Druckorten zu sein.

Türkei. Über die Verhältnisse im graphischen Gewerbe in der Türkei wurde uns von einem deutschen Kollegen dankenswerterweise folgendes mitgeteilt: Das graphische Gewerbe steht noch auf derselben Stufe, wie in Deutschland vor etwa 80 Jahren. Sehmachines sowie andere moderne Maschinen werden jetzt erst so langsam aufgestellt. Sämtliche Betriebe sind nach unserm Begriffen erst im Entwicklungsstadium. Eine Organisation für Buchdrucker ist hier vor einiger Zeit ins Leben gerufen worden. Sie ist jedoch sehr schwach und nimmt vorläufig nur Mohammedaner als Mitglieder auf. Auch beschränkt sich diese Organisation nur auf Unterstützung bei Arbeitslosigkeit und Krankheit. Am Lohnfragen kümmert sie sich bis jetzt noch nicht, da sie zu schwach ist, irgendetwas zu unternehmen, weil fünf Sechstel der im graphischen Gewerbe Konstantinopels Beschäftigten aus Nichtmohammedanern bestehen. Die Zentrale des Gewerbes ist Konstantinopel, in der übrigen Türkei ist das gewerbliche Leben erst im Aufstehen begriffen und bis jetzt noch fast bedeutungslos. Die Arbeitsverhältnisse sind miserabel. Die Arbeitszeit beträgt 9 bis 10 Stunden für die Gesamtarbeiterschaft, für Maschinenseher 7 Stunden. Der wöchentliche Lohn für Maschinenseher und Drucker beträgt im Durchschnitt etwa 15 türkische Lira (30 M.), für Zeitungsetzer 18, für die wenigen Maschinenseher 25 bis 30 Lira. In der Lohnfrage muß jeder mit dem Prinzipal selbst unterhandeln, da er keinen Tarif kennt und demzufolge auch die größte Schmutzkonturrenz betreibt. Vom Lohn werden an Steuer 7 Proz. abgezogen, außerdem sind jedoch noch jährlich 20 Lira für Steuern- und Schulsteuer zu entrichten. In den meisten Druckereien steht in hygienischer Hinsicht alles. Eine Ausnahme machen nur

Der Zeppelinweltflug

Das von Dr. Eckener und seiner Mannschaft geführte Luftschiff „Graf Zeppelin“ hat in zehn Tagen den Erdball umflogen. Man muß die einfache Reihenfolge von wenigen Worten, die dieser Satz enthält, auf sich wirken lassen, um die in ihm enthaltene am 28. August 1929 festgestellte Tatsache in ihrer großen Bedeutung zu erfassen. Man wird die große Bedeutung dieser Ereignisse um so sicherer erfassen, je weniger enthusiastisch man angesichts des Sturmes von Nachrichten und Begeisterungsausbrüchen bleiben konnte.

Stellen wir die Tatsachen fest: Das Zeppelin-Luftschiff ist am 8. August in Lakehurst nach Osten abgefahren und am 29. August, also 21 Tagen bei insgesamt 7 Tagen Aufenthalt an nur drei Zwischenstationen nach 14 Tagen Flugzeit rund um die Erde wieder in Lakehurst, aber diesmal von Westen her, gelandet. Der Erdball wurde nicht auf der Höhe des Äquators umflogen, wo in reiner Luftlinie rund 40 000 Quadratkilometer zu leisten gewesen wären, sondern ungefähr in der Mitte der gemäßigten nördlichen Erdzone, wo mehr als 25 000 Kilometer in reiner Luftlinie zu durchfahren waren. Die Leistung wurde von fünf Motoren geschafft, die Arbeiter- und Technikerhände erbaute haben, und zwar so erbaute haben, daß ohne jede Möglichkeit äußerer Hilfe die Menschenleistung in zehn Tagen vollbracht werden konnte. Es waren dreieinhalb Tausend Arbeiter und Angestellte, die als Mechaniker, Techniker, Navigatoren, Zunker, eine vom zivilisierten Abendland bisher nur erträumte Leistung vollbrachten.

Es nützt nichts. Ob man will oder nicht, wenn man sich auch zur allergrößten Mühseligkeit zwingen will, das Ereignis ist überwältigend. Die beiden größten Ozeane der Welt, der Atlantische Ozean und der Stillen Ozean, wurden überfahren, obwohl keinerlei Möglichkeit bestand, irgendeine Hilfe zu bringen, wenn auf offener See etwas passierte. Der größte Kontinent der Erde wurde in seinen unbewohnten Gegenden überquert, ohne daß die Möglichkeit bestanden hätte, den Menschen, die an der Fahrt beteiligt waren, Hilfe zu bringen, ja kaum irgendeine Aussicht vorhanden war, zu einer Landung zu kommen, die nicht mit einer sicheren Vernichtung des Luftschiffes und der es steuernden Menschen geendet hätte. Die beiden überqueren Ozeane, das überflogene riesenhafte und menschenarme Sibirien, sie wären riesenhafte Gräber für den Zeppelin gewesen, wenn die in den Motoren und Steuerordnungen in dem Tragkörper vereinigte Technik, wenn die Sachkunde und die Hingabe der Steuerleute, Techniker und Arbeiter, die das Schiff bedienten, versagt hätte. Die Freude ist berechtigt an der technischen Leistung und an den Menschen, die mit dem Einsatz ihres Lebens das Wagnis vollbracht haben.

Freilich sind die idealen Ziele der Völkerverständigung und der Völkerveröhnung, soweit sie durch die Technik mit erreicht werden sollen, heute in Mißkredit gekommen. Schon die Vorkriegszeit hat Luftschiffe und Flugzeuge gekannt, der Telegraph umspannte die Welt, und schon damals wurde die Entfernung zwischen den Völkern kürzer und kürzer. Dennoch kam der Weltkrieg. Zehn Jahre sind seit

dem Weltkriege vergangen, und dennoch ist der Krieg aus der Welt noch nicht gestift. So sind auch die Skeptiker da, die scheinbar mit einem gewissen Recht sagen können, was hier dem Frieden und der Völkerverständigung zu dienen scheint, wird ebenfalls nur wieder die Waffe einer furchtbaren Zukunft. Aber diese Skeptiker sind nicht besser als die hemmungslos und kritiklos Begeisterten, die wie im Kriege die Kampffronten jetzt den Weltflug auf der Karte mit Fingern verfolgt haben. Sie vergessen, daß der Mensch auf der Erde alles kann, was er will, und daß die Millionenmassen arbeitender Menschen auf der Erde nur klar und sicher zu wollen brauchen, um auch alle Fortschritte der Technik, um auch diesen Ganzbeweis zivilisationsreichen Könnens dem Frieden und der Völkerverständigung dienlich zu machen. Freilich ist es leichter, als Skeptiker oder Enthusiasten den tausenden Zeitgenossen mit Tyrannen zu imponieren, als ernstlich an der Sicherung des Friedens Tag um Tag, Stunde um Stunde zu arbeiten und für sie zu kämpfen. Gewiß, es sind Menschen mit gefüllter Geldbörse, sind Kuponschneider, die sich heute noch Fahrten im Luftschiff leisten, und zweifellos kann das Luftschiff auch Generalfeldherren und Bomben zu neuen Kriegsgewerkschaften tragen. Aber was hindert die arbeitenden Massen der Welt, daß es ihre Winzler, daß es die von ihnen gestellten Boten des Friedens sind, die das Luftschiff, wenn es sein soll, heute in ein oder zwei Wochen in den entferntesten Winkel der Erde trägt.

Man soll sich schließlich auch darüber freuen, daß es Angehörige der eigenen Nation sind, denen das Wagnis nach

die Staatsdruckerei und noch zwei andre Betriebe. In einer Secherei von dem Umfange der Größe eines mittleren Zimmers sind oft bis zu 15 Personen beschäftigt. Die Seher stehen da Rücken an Rücken. Licht mangelt fast überall. In sehr vielen Betrieben brennt am Tage Licht. Ein Reinigen des Arbeitsraumes gibt es selten. (Eine besondere Bitte ist die „Druckerei Phönix“, die sich bemüht, einen deutschen Steinbruder zu bekommen und auch schon einmal einen Drucker zu 6 Lira die Woche eingestellt hatte.) Der Vertreter des Typographen (die Zeitung „Schühnhilf“), Yunus Rabi Bey, Abgeordneter von Stambul, lernt an der Sechsmaschine Hochschülerinnen an, da nach seinen Äußerungen die türkischen Seher die lateinische Grammatik zu wenig beherrschen. In Wirklichkeit geschieht das nur zum Zwecke des Lohnendrucks. Die türkische Regierung unternimmt alles, um die soziale Lage zu heben und geht auch mit einer unlenkbaren Strenge vor, aber bei dem Völkergemisch ist es ihr fast unmöglich, sich so rasch mit ihren Reformen durchzusetzen, wie sie möchte. Um in der Türkei halbwegs anständig leben zu können, muß man einen Lohn von mindestens 30 Lira (60 M.) haben. Einen Auszug über die Verhältnisse für Ehepaare: (1 Lira = 2 M.). Schulgeld für ein Kind monatlich 5 Lira, Dreizimmerwohnung 30 Lira monatlich; ein Ei kostet 0,03 Lira, Kohle 1 Oka = 1,200 Kilogramm 0,08 Lira, Holz 1 Oka 0,04 Lira, Obst 1 Oka 0,20 bis 0,30 Lira, Brot 1 Oka weißes (schwarzes gibts nicht) 0,16 Lira, Hammelfleisch 1 Oka 1,20 Lira, Schweinefleisch 2,20 Lira, Schinken 4,50, deutsche Wurstwaren 2,20 bis 3,50 Lira, Bier, kleine Flasche, 0,35 Lira, offenes 0,20 Lira, Wein ein Liter Mittelqualität 0,60 Lira, Zigaretten (in Packungen von je 20 Stück) von 12 bis 45 Pfaster. Ein Anzug kostet 45 bis 55 Lira, Schuhe 6 bis 9 Lira. Für Beibge dürfte folgende Aufstellung in Betracht kommen: Möbliertes Zimmer 20 bis 25 Lira, Mittagsmahl 0,60 bis 0,80 Lira, mit Bier 1,05 bis 1,10, Abendmahl 0,70 Lira.

Zur Arbeitslosenfrage

Der Kollege H. Beckmann (Duisburg) behandelt in Nr. 67 des „Korr.“ das Thema: „Zur Arbeitslosenfrage“. Da der Artikel nach meiner Auffassung teilweise von irrtümlichen Voraussetzungen ausgeht und die tatsächlichen Verhältnisse viel zu sehr außer Betracht läßt, fühle ich mich veranlaßt, einige Zeilen der Erwiderung zu schreiben. Es stimmt wohl, daß durch die fortschreitende Rationalisierung der Betriebe usw. ein großer Teil der Arbeiterschaft aus dem Produktionsprozeß verschwindet. Wenn aber B. glaubt, daß dadurch und durch das Meer der Neuausgerüsteten die Verhältnisse sich unbedingt immer weiter verschlechtern müssen, so läßt er einen Faktor außer Betracht, und das ist der, daß in den nächsten Jahren infolge des großen Niederganges der Geburten in der Kriegszeit der gewerbliche Nachwuchs im allgemeinen zurückgeht, so daß, wie maßgebliche Volkswirtschaftler heute schon betonen, erste Bestrebungen für die Heranbildung eines ausreichenden gewerblichen Nachwuchses bestehen. Ob diese Bestrebungen in diesem Ausmaße zutreffen, lasse ich dahingestellt. Auf jeden Fall muß dieser Faktor aber in Betracht gezogen werden. Es stimmt wohl, daß heute das Durchschnittsalter der Arbeiterschaft sich beträchtlich gehoben hat, was wohl auch in erster Linie auf das kulturelle Wirken der Gewerkschaften zurückzuführen ist. Tatsächlich ist der kulturelle Lebensstandard der Arbeiterschaft ein beträchtlich gehobener gegenüber früher, und in deren Gefolge sind die hygienischen Einrichtungen in den Betrieben auch wesentlich anders geworden, so daß die Arbeiterschaft heute unter ganz anderen Verhältnissen lebt, als das früher der Fall gewesen ist. Aber es heißt doch das Kind mit dem Bade ausschütten, wenn man den Standpunkt einnimmt, wie es

B. grundsätzlich macht, daß die alten Leute, die Altersrente beziehen, aus dem Betriebe herausmüßten. Es scheint, als ob B. mit dem wirklichen Leben wenig vertraut wäre, sonst müßte er doch wissen, daß heute nur noch ein ganz verschwindend kleiner Teil älterer Arbeiter in den Betrieben beschäftigt wird. Das Streben der Industrie geht doch dahin, möglichst nur jüngere Arbeitskräfte zu beschäftigen. Arbeiter, die über 40 Jahre alt sind, finden, wenn sie arbeitslos geworden sind, in dem Produktionsprozeß keine Aufnahme mehr. Daraus nun zu schließen, daß ein Verbot der Weiterbeschäftigung eines Altersrentners gegen Lohn Gesetz werden müsse, dürfte ein Verlangen sein, was wohl in die Zeit des Mittelalters hineingepaßt haben würde, aber auf jeden Fall nicht in die heutige moderne Zeit der absoluten Gewerbefreiheit und Freizügigkeit.

Sehr mißverständlich ist auch der Vorschlag des Kollegen B., daß die Renten erhöht werden könnten, wenn die Gelder, die heute für die „unproduktive“ Erwerbslosenfürsorge ausgegeben würden, zur Erhöhung der Altersrenten Verwendung fänden. Ich glaube wohl nicht fehlzugehen, wenn ich annehme, daß B. damit die produktive Erwerbslosenfürsorge meint. Da muß ich ihm doch entgegen, daß er mit seiner Auffassung völlig daneben geht. Gerade in der heutigen Zeit, wo die älteren Arbeiter nicht mehr in dem Produktionsprozeß Aufnahme finden, wo wir mit einer großen Erwerbslosenanzahl zu rechnen haben, ist es dringendes Erfordernis von Staat und Kommunen, produktive Erwerbslosenfürsorge zu betreiben, weil dadurch Gelegenheit gegeben ist, auch älteren Arbeitern, die arbeitswillig und arbeitsfähig sind, Brot und Arbeit zu geben. Dadurch wird auch den älteren Arbeitern zum Bewußtsein gebracht, daß sie noch nützliche Glieder der menschlichen Gesellschaft sind. Außerdem ist ihnen Hoffnung gegeben, daß sie bei einer Besserung der Wirtschaftslage wieder im Produktionsprozeß Verwendung finden können, weil sie der Arbeit noch nicht entwöhnt und auch nicht demoralisiert sind. Gerade heute im Zeichen des Kampfes der Unternehmer gegen die Arbeitslosenversicherung dürfte eine Förderung der Notstandsarbeiten mehr als je am Platze sein. Gerade die Einrichtung von Notstandsarbeiten bringt es zuwege, die sogenannten asozialen Elemente, die nicht arbeitswillig sind, aber in diese Arbeit hineingestellt werden, aus der Arbeitslosenunterstützung, die sie unbedingterweise zuungunsten der Bedürftigen in Anspruch nehmen, auszumergen.

Ich stimme B. zu, wenn er sagt, daß heute ein Altersrentner von 60 M. Monatsrente nicht leben kann. Hierbei ist aber zu berücksichtigen, daß derjenige, der keine zum Unterhalt verpflichtete Angehörigen hat, Anspruch darauf erheben kann, seitens der Wohlfahrtsämter einen entsprechenden Zuschuß zu erhalten. Außerdem ist ja für die Mitglieder unseres Verbandes durch die Verbandsinvalidenunterstützung weitere Vorzüge getroffen. Hier kann nur das helfen, was der Allgemeine Deutsche Gewerkschaftsbund schon seit längerer Zeit als dringendste Forderung den geschäftsbekanntesten Körperschaften zugeleitet hat: Herabsetzung der Altersgrenze zum Empfang der Altersrente auf 60 Jahre, Vereinheitlichung der Sozialgesetzgebung und Errichtung von weiteren höheren Lohnempfänger. Es ist ein Übel, wenn heute im Gegensatz zur Angestelltenversicherung die Zahl der Lohnklassen noch äußerst beschränkt ist, so daß beispielsweise alle Lohnempfänger, die mehr als 36 M. die Woche verdienen, sich in einer einzigen Lohnklasse befinden. Dies entspricht in keinem Betracht den tatsächlichen Lohnverhältnissen. Hier muß eine weitere Differenzierung dergestalt eingreifen, daß bei höheren Löhnen höhere Beiträge gezahlt und infolgedessen auch die Berechtigung erworben wird, im Falle der Invaldität höhere Rente zu beziehen. Hier nur kann der Hebel angelegt werden. Es ist Aufgabe der Arbeiterschaft, diesen Forderungen des ADGB, allerorts die notwendige Unterstützung angedeihen zu lassen.

R. I. n.

P. M. o. s.

Korrespondenzen

Braunschweig. In der Ortsversammlung am 12. Juli erstattete Kollege K e u l e r den Bericht über die Verhandlungen und Beschlüsse des Frankfurter Verbandstages. Eingehend beschäftigte sich der Redner mit dem Geschäftsbericht des Verbandsvorstandes und den vielen Anträgen, die zu allen Punkten der Tagesordnung gestellt waren. Dabei wurden alle interessierenden Fragen, wie z. B. die internationalen Beziehungen der graphischen Arbeiter, die Arbeiten des ADGB, die Satzungsänderungen und Beitragsverhöhung, wie Unterstützungsangelegenheiten, Tariffragen, Verhelfungsordnung, Indusriefverband u. a. m. erörtert. In der Aussprache, an der sich auch ein durchreißender Kollege beteiligte, kam zum Ausdruck, daß der Verbandstag nicht allen Wünschen der Mitglieder entgegengekommen hat und darum zu künftigen Verbandstagen die regste Mitarbeit der Mitglieder für die zur Entscheidung stehenden Fragen herangezogen werden müsse. Daß es damit noch nicht vom besten ausseht, bewies wieder einmal der nur mäßige Besuch der Versammlung. Nach kurzem Schlußwort des Kollegen K e u l e r wurde dann die Versammlung geschlossen.

Chemnitz. (M a s c h i n e n s e h e r.) Am 21. Juli trafen sich die Maschinenbetriebliegen der Bezirke Chemnitz und Zwickau im schönen Muldenstädtchen Gauschau, um den Bericht vom Sechsten Deutschen Maschinenseherkongress entgegenzunehmen. Trotz tropischer Hitze waren über 50 Kol-

legen erschienen und folgten aufmerksam den Darlegungen unseres Vorstehenden Kollegen K e u l e r, der in ausführlicher Weise die wichtigsten Punkte des Kongresses (Berliner Angelegenheit, Tarifliches usw.) behandelte. Schatz geißelte er auch die einseitige Wiedergabe der Beschlüsse des Kongresses in einem Flugblatt der Ausgeschlossenen, denen das Schwindeln zur zweiten Natur geworden ist. In der Aussprache behandelten verschiedene Redner tarifliche Fragen. Nach einem kurzen Appell, auch fernerhin lebhaften Anteil an den Veranstaltungen des Verbandes und der Sparte zu nehmen und das Verhältnis zu den anderen Sparten zu stärken, schloß der Vorstehende die anregend verlaufene Versammlung. Ein Spaziergang durch die alte Weibstadt mit ihren schönen Anlagen und historischen Stätten endete im Stadthelitengarten und vereinigte eine große Anzahl Kollegen zu einigen geselligen Stunden.

Danzig. Der Buchdruckerverein der Freien Stadt Danzig (Gau Danzig) hat in den Monaten April bis Juli drei Mitgliederveranstaltungen und vier Vertrauensmännerveranstaltungen abgehalten. Neben der Beratung der sich verheißend ergebenden Organisationsfragen dienten die Vereinszusammenkünfte zum großen Teil der Berichterstattung und Stellungnahme in der Angelegenheit des hier in Danzig vom 20. April bis 21. Mai geführten Buchbinderausstandes. Der Streik wurde verursacht durch die Lohnpolitik der Danziger Prinzipale, die für die Buchbinder, obwohl diese als Mitglieder unseres Buchdruckervereins seit mehreren Jahren auch stets nach dem Buchdruckerlohn tariflich bezahlt wurden, die am 26. März für Danzig durch Schiedspruch festgesetzte Lohnzulage von 3 Gulden nicht anerkannten. Die Ausstandsbewegung, die auf eine zahlenmäßig kleine Mitgliedergruppe beschränkt blieb, wurde nach vierwöchiger Streikdauer durch einen Vergleich beendet, bei dem für die Buchbinder in der Lohnhöhe gegenüber den Buchdruckern ein Minus von 1 Gulden zu verzeichnen ist. — In den Versammlungen bildete weiter ein Hauptthema die auch für die Geistesfreiheit in unserm Gau stärkere Bedeutung zeigende Frage der Schaffung eines neuen Hilfsarbeitermentaltarifs für Danzig. Seit Ablauf des alten Tarifs (31. März 1929) ist trotz mehrfacher Verhandlungen ein neuer Tarifabschluß noch nicht erfolgt. Auf Lohnabbau und Schwächung tariflicher Rechte sind auch hier die Bestrebungen der Prinzipalität gerichtet. Ein Vortrag, den Kollege Robert B u l l a in der Aprilversammlung hielt, brachte den Mitgliedern Aufklärung über die Einrichtungen und das Wesen der Allgemeinen Ortskrankenkasse in Danzig. — Am 16. Juni feierte der Gau sein Jubiläum; in Verbindung damit erfolgte eine Ehrung des Kollegen F r i e d r i c h W e i s e r aus Anlaß seines 50jährigen Verbandsjubiläums, das er als Organisationsleiter in unserm Gau begehren konnte. — Die Mitgliederversammlung am 17. Juli wurde in der Hauptsache ausgefüllt von einem Referat über den 14. Verbandstag in Frankfurt a. M. Der im „Korr.“ ausführlich gegebene Bericht darüber ersah durch die mündliche Übermittlung des Verhandlungsverlaufs der Tagung unter Schilderung einzelner Details volle Befriedigung.

Wetzlar. (V i e r t e l j a h r s b e r i c h t.) Zwölf der Lehrlingsabteilung angehörende Jungbuchdrucker wurden in der Aprilversammlung in den Verband aufgenommen. Der Vorstehende K r o h begrüßte in längerer Rede die jungen Mitglieder aufs herzlichste, ihnen vor allem die Pflichten und die sich hieraus ergebenden Rechte eines Verbandsmitgliedes zu Gemüte führend. Ein außerordentlich interessanter Vortrag wurde den Kollegen noch gehalten. Privatgelehrter K ö t t e r sprach über „Die Entschleierung des Geheimnisses des menschlichen Daseins und den Sinn des Lebens“. Redner verstand es meisterhaft, den Zuhörern in leicht faßlicher Weise begrifflich zu machen, wie sich unglückliche Jahre vor der Jetztzeit aus irgendeinem Keim lebende Wesen gebildet hätten, bis endlich der Mensch mit Sinn und Verstand sich daraus entwickelte. Heiterkeitstrüme bei den Zuhörern entfielerten einige treffende Beispiele über den vielfach gutate treulosen Ansturm des heutigen Lebens, und wäre es vorteilhaft für alle, sich solch tieferschlürfende Vorträge anzuhören! — Die Versammlung im Mai brachte ebenfalls einige Aufnahmen. Kollege K r o h gab einen ausführlichen Bericht vom Gantag. — Die Juniversammlung war infolge Einsetzens der Ferien schwach besucht. Das Soz h a n n i s f e s t wurde zugleich als Kinderfest am 23. Juni unter regster Beteiligung gefeiert, und nahm trotz des äußerst ungünstigen Wetters mit dankenswerter Unterstützung des Gesangsvereins „Gutenberg“ einen besriedigenden Verlauf; die Festrede hielt in Abwesenheit des Kollegen K r o h der stellvertretende Vorstehende Kollege K r a s n i c h. — Alle drei Versammlungen beschäftigten sich wiederum mit den Vorgängen in den „Bereinigten Nachrichten“. Es sind abermals drei Jahrzehntelang Beschäftigte des „Nachrichten“-Personals entlassen worden.

Kassel. (M a s c h i n e n s e h e r.) Unse H a l b j a h r s v e r s a m m l u n g am Sonntag, dem 14. Juli, war recht gut besucht. Kollege F e r u h erstattete Bericht über die Verhandlungen des Sechsten Maschinenseherkongresses. Zu den dort gefaßten Beschlüssen konnte der Referent noch wertvolle Aufschlüsse geben, da sich verständlicherweise der „Korr.“ in manchen Dingen Zurückhaltung resp. Schweigen auferlegen muß. Die Versammlung gab ihre Zustimmung zu den Arbeiten des Kongresses und beschäftigte sich sodann des längeren noch mit den Fragen, die das am 18. Oktober d. J. stattfindende 25. Stiftungsfest betreffen. Eine Anzahl von Druckschriften gelangte zur Verteilung, darunter auch diejenigen der Berechnungskommission Leipzig. Zu einem Besprechen derselben war natürlich die Zeit zu kurz, und der Vorstehende versprach, dieselben nach Erhalt weiteren Materials im Herbst zum Gegenstand einer Besprechung zu machen. Wegen der Wichtigkeit dieser Materie für jeden einzelnen seien schon heute die Maschinenseher des Bezirkes Kassel darauf aufmerksam gemacht.

Koburg. Versammlungen im Bezirk sind für die Kollegen hier ein großes Treffen, ein allgemeines Wiedersehen. Wer nicht in Urlaub weilt, krank oder sonst dringend verhindert ist, stellt sich zu denselben ein. Teils mit der Bahn, teils mit dem Autobus kamen die Kollegen der Ortsver-

tanger und sehr mühseliger Arbeit gelungen ist. Man ist noch lange kein Nationalist, wenn man sich zu dieser Freude bekant, und der wäre ein schlechter Sozialist, der Fortschritte des Geistes und der Technik fürchtet, weil es Nationalisten gibt, die Hurra schreien und sich für den kriegerischen Mißbrauch des technischen Fortschritts einfangen lassen. Schließlich sind die Motoren und das Luftschiff von wertvollen Menschen gebaut und geweiht und nicht von Kupronabschneidern und Finanzstrategen, deren Wille den technischen Fortschritt nicht mißbrauchen kann, wenn die arbeitenden Massen der Völker ihn nicht mißbrauchen lassen wollen.

Um die Zukunft des Luftschiffes als Verkehrsmittel sich den Kopf zu zerbrechen, ist heute müßig. Der Beweis ist geliefert, daß bisher kaum vorstellbare Strecken tatsächlich in störungsfreier Fahrt bewältigt werden können. Jedes Verkehrsmittel findet seine besonderen Zwecke und seine besonderen Interessenten. Frachtschiffe und Eisenbahnen werden weder vom Flugzeug noch vom Luftschiff verdrängt werden. Aber wenn im Weltmarktfeld für besonders kostbare Zwecke Zeit gewonnen werden kann, so kann dafür ein Preis gezahlt werden, der auch den Luftschiffverkehrentabel macht. Alles übrige ist eine Frage der Entwicklung und der Technik. Eines freilich muß von vornherein festgestellt werden: Die Völker müssen die Kontrolle über den Luftschiffverkehr haben. Der Luftschiffverkehr muß eine Staatseinrichtung sein. Nur so kann der Wille der Menschen, den geistigen Fortschritt der Wohlfahrt und dem Frieden der Völker dienlich zu machen, erfüllt werden.

Allgemeine Rundschau

eine Koburg, Hildburghausen, Meiningen, Sonneberg und der übrigen kleinen Druckorte außerordentlich zahlreich — von 224 Mitgliedern des Bezirks waren 189 erschienen — am Sonntag, dem 14. Juli, nach dem kleinen am Silberbachsee gelegenen Waldesort in der Gegend von Schleusingen, in welchem unsere Herbstbezirksversammlung im Saal stattfand. Damit den Kollegen eine alsbaldige Berichterstattung von den Verhandlungen des Verbandes zuteil werde, wurde die Berichterstattung zwei Monate früher wie üblich einberufen. Nach Eröffnung derselben durch den Vorsitzenden Smolinssi und Bekanntgabe verschiedener Eingänge und Mitteilungen nahm Gauvorsitzer Wislau (Weimar) das Wort zu einem Bericht über den Verbandstag in Frankfurt a. M. Die Verhandlungen und Beschlüsse desselben sind in den Spalten des „Korr.“ ausführlich wiedergegeben; Redner verbriefte sich deshalb nur noch in eingehender Weise über die wichtigsten Punkte, wie die Neutralitätsfrage innerhalb der Organisation, die Organisationsform, die Spartenfrage, die internationalen Beziehungen, das Arbeitsrecht und die sozialen Versicherungen, den Bildungsverband, das Unterstützungswesen, die Sonderunterstützungen, den Lohn- und Mantelkartell sowie die Tarifkommission. Die Ausführungen des Redners fanden die Anerkennung der Versammlung, die sich auch mit den Beschlüssen des Verbandstages einverstanden erklärte. Auf Widerspruch stieß der Redner mit der bestimmten Erklärungsabgabe, daß der Verbandstag den Beschluß gefaßt habe, sämtliche Sonderunterstützungskassen je einzuführen. Als Ort für die nächste Bezirksversammlung wurde Koburg bestimmt.

Quedlinburg. In der außerordentlichen Bezirksversammlung in Quedlinburg am Sonntag, dem 21. Juli, wurde der Bericht vom Verbandstag durch den Kollegen Janzon (Mehresleben) gegeben. Es wurde allgemein die gute Arbeit unseres Verbandstages anerkannt und auf Vortrag des Bezirksleiters, Kollegen Kästner, folgende Entschlüsse einstimmig angenommen: „Die außerordentliche Versammlung des Bezirks Quedlinburg nahm mit großem Interesse den Bericht vom Verbandstag entgegen und sieht in den gefaßten Beschlüssen die Grundlagen für ein weiteres gedeihliches Wirken zum Wohle der Kollegenschaft.“ Unter „Verschiedenem“ wurden noch einige Angelegenheiten zum Guttag erledigt, und mit einem Hoch auf unsern neugegründeten Verband schloß der Vorsitzende die Versammlung.

Regensburg. Am 20. Juli berichtete in gut besuchter Mitgliederversammlung Kollege Schindler (Regensburg) in wirklich ausführlichem Referat über den Frankfurter Verbandstag. Wenn auch die meisten Kollegen durch den „Korr.“ bereits gut unterrichtet waren, so lauschte doch alles gespannt den Ausführungen des Redners, der es gut verstand, das Wichtigste und Interessanteste für die Kollegen aus den langen Verhandlungen des Verbandstages herauszufassen. Reicher Beifall dankte dem Referenten. Vorsitzender Kästner brachte in der Aussprache über den Gutenbergsbund auch zur Sprache, daß dessen drei letzten „Erzengnisse“ am Orie wegen Heftes als ausgefallen zu betrachten, übrigens seiner würdig sind.

Stuttgart. (Schriftgießer.) Die Versammlung am 10. Juli nahm den Bericht vom Kongreß in Frankfurt a. M. entgegen und sprach ihre Befriedigung über den Verlauf desselben aus. Eine Diskussion fand nicht statt. Unter Punkt „Verschiedenes“ wurden die unbestreitbaren Zustände der Firma D. Weisner einer scharfen Kritik unterzogen und den von der Versammlung angeregten Maßnahmen, in puncto Arbeitszeitverhältnisse bei Kurzarbeit, zugestimmt; am hier — im Einverständnis mit dem Gauvorsitzer — eine Änderung resp. Erleichterung zu erzielen. Mit dem Wunsch, daß es den Delegierten in unfrüher schönen Schwabenstadt gefallen habe, konnte der Vorsitzende die gut besuchte Versammlung schließen.

Stuttgart. (Maschinenseher.) Unsere Wanderversammlung für den Gau Württemberg am Sonntag, dem 14. Juli 1929, in Göppingen im „Drei König“ („Gewerkschaftshaus“), hatte einen guten Besuch aufzuweisen. Nach einem Begrüßungsschort, vorgetragen vom Arbeitergesehverein „Freiheit“ Göppingen, eröffnete Vorsitzender Köhler a. u. M. mit herzlichem Begrüßungswort an die Erschienenen die Versammlung und gedachte in ehrenden Worten dreier verdienter Kollegen und des ebenfalls in diesem Jahre dahingegangenen Verbandsgauvorsitzers Kayser, zu deren Gedenken sich die Versammlung erhob. Nach einer Reihe von Mitteilungen durch den Vorsitzenden wurden zwölf Kollegen mit Worten des Dankes für 25jährige Zugehörigkeit zur Maschinenseher-Sparte durch Überreichung einer Plakette geehrt. Auch dem Kollegen Hagenbuch, der über 20 Jahre in Treue unsere Sache verwaltet, widmete der Vorsitzende Worte des Dankes. Durch einen Schlußchor des Arbeitergesehvereins „Freiheit“, der wie der erste Chor reichen Beifall bei der Versammlung fand, bekam die Ehrung der Jubilare einen guten Abschluß. Nach kurzer Ansprache des Kollegen Werner im Namen der Jubilare erhielt Kollege Niehele (Tübingen) das Wort zum Bericht über den 8. Deutschen Maschinenseherkongreß in Frankfurt a. M. Er gab ein klares, eindrucksvolles Bild von der durch den Kongreß geleisteten Arbeit und brachte die von demselben gefaßten Entschlüsse zur Verlesung. Ergänzende Ausführungen machte Kollege Egenderger als Verbandstagsdelegierter, die Einstellung des Verbandstages zu den unsre Sparte betreffenden Fragen besonders hervorhebend. Aus der Diskussion, die nun folgte, konnte entnommen werden, daß die Kollegen das Ergebnis sowohl des Kongresses als auch des Verbandstages mit Befriedigung anerkannten. Nach ergänzenden Schlußworten des Vorsitzenden konnte die wirklich fastläufige Verlesung nach zweistündiger Dauer geschlossen werden. Nach dem gemeinsamen Mittagessen beteiligten sich die Kollegen am Waldfest der freien Gewerkschaften Göppingens, wobei die Gelegenheit zur Pflege der Kollegialität nicht ungenützt blieb.

Zeitungssachlicher Fortbildungskursus. Vom 21. bis 30. November findet in Berlin zum ersten Male der vom Deutschen Institut für Zeitungswissenschaften veranstaltete Zeitungssachliche Fortbildungskursus statt. Der Kursus ist für Redakteure und leitende Verlagsbeamte bestimmt und gliedert sich in politische, kulturpolitische und wirtschaftspolitische Lehrgänge, denen ein allgemeiner zeitungssachlicher Lehrgang vorausgeht. Innerhalb der Kursusarbeit wechselläufige Vorträge mit Besichtigungen, Führungen, Theaterbesuchen usw. Mitarbeit haben Politiker aller Parteigruppen, hohe Beamte, Gelehrte und Künstler in freundschaftlicher Weise zugefagt. Das ausführliche Programm ist in diesen Tagen in den Tageszeitungen „Deutsche Presse“ und „Zeitungswelt“ erschienen.

Immer noch gute wirtschaftliche Lage der Papierindustrie. Amtliche Börsenrechnungen haben bei der Feststellung des Aktienindex aus repräsentativen Aktien für die Papierindustrie 207,19 (1) festgestellt, wobei die Zeit von 1924 bis 1928 mit der Indexziffer 100 bewertet wurde. Ermittlungen auf Grund von amtlich notierten Kursen und Dividenden ergab für den Berliner Börse gehandelte Aktien bei der Papierindustrie 9,86 Proz. Dividende oder gleich 169,49 Proz. Börsenkurs.

Ein „zeitgenössischer“ Unternehmungskursus. Der „Dresdener Volkszeitung“ entnehmen wir folgende Mitteilung: Die Direktion der Vereinigten Baubauer Papierfabriken in Vahren und in Chemnitz veröffentlichte dieser Tage am Schwarzen Brett folgenden Aufsatz, der als ein Zeitdokument sozialpolitischer Rückschlüsse angesehen werden muß.

Bekanntmachung! Die Zahl der Krankmeldungen und Unfälle hat in einem Maße zugenommen, das mit dem wirtschlichen Gesundheitszustand und den tatsächlichen und zu vorkommenden Unfällen zweifellos nichts mehr zu tun hat.

Ganz offensichtlich und zum großen Teil nachweisbar ist es bei einer sehr großen Anzahl von Arbeitern zur Gewohnheit geworden, sich von Zeit zu Zeit „Krankheitsurlaub“ von der Arbeit zurückzugeben bzw. einen Unfall zu erleiden. Es liegen aus der Arbeiterarbeit selbst verschiedene Mitteilungen darüber vor, daß sich gewisse Arbeiter regelrecht abhaken in ihren Krankmeldungen, und daß sie dies bereits von vornherein beabsichtigen.

Diese Leute schädigen sowohl die Fabrik wie auch ihre Arbeitsgenossen; denn die dauernde Zunahme der Krankmeldungen macht eine dauernde Erhöhung der Krankenkasse nötig.

Außerdem werden unnötige Überstunden für Krankenvertretungen nötig.

Die Statistik ist ungenügend für schwerere wirtschaftlichen Verhältnisse, nicht in der Lage, derartige Überstundenabgaben zu fassen, noch ist sie imstande, weitere Erhöhungen der Krankenkasse zu tragen.

In gleicher Weise kann der Arbeiterschaft auf die Dauer eine derartige Menge von Krankentagen nicht zugemutet werden, und weitere Erhöhungen der Krankenkasse wird auch sie kaum tragen können.

Dann werden die Ausgaben der Krankenkasse seit dem Jahre 1925 ausgezählt und weiter in der Bekanntmachung ausgeführt:

Aus der Gesamtzahl der Krankheitsfälle ergibt sich, daß auf jeden Arbeiter im Durchschnitt 24,1 Krankentage im Jahre entfallen, d. h. also, daß im Durchschnitt jeder Arbeiter nur elf Monate arbeitet und einen vollen Monat krankheitsurlaub von der Arbeit fernbleibt. Hieraus geht offensichtlich hervor, daß dieser Zustand keineswegs jedem einzelnen Arbeiters, die meisten Kollegen, die einen derartigen Krankheitsurlaub erleben, auch schmerzhaft zu überwinden.

Wir unterstellen uns und ermunern Sie, zum Schutze unserer Firma rücksichtslos gegen derartige Krankheits- und Unfallkrankheiten vorzugehen.

Eine Bitte der besonders auffällig oft Kranken Leute wird nämlich zur allgemeinen Orientierung ausgeführt werden: . . . Leute, die durchschnittlich im Jahre zwei bis drei Monate krank sind, sind in einem Betriebe wie dem unsren nicht verwendbar.

Vahren, den 16. Juli 1929.
Vereinigte Baubauer Papierfabriken.
ag.: Siegemann und unleserlich.

Neben dieser Bekanntmachung prangte ein langes Namensverzeichnis der armen Leute, die in den letzten Jahren das Pech hatten, in den Profitmühen und Dividendenentzügen der Vereinigten Baubauer Papierfabriken einen Unfall zu erleiden. Dazu kommt noch ein kleiner Kommentar. Im Sinne ehemaliger Generalstaatsanwalter erhielten die am Schwarzen Brett kenntlich gemachten armen Sünder noch einen grünen Brief mit folgendem Wortlaut:

Wie Sie selbst aus der ausgehängten Liste erfahren können, sind Sie seit dem Jahre . . . bis heute . . . Tage krank gewesen, d. h. im Durchschnitt jährlich . . . Tage.

Wir machen Sie ausdrücklich darauf aufmerksam, daß es die außerordentlich ansehnliche Wirtschaftslage und nicht mehr erträglich, Sie in unserm Betriebe zu behalten, sofern nicht eine völlig grundlegende Änderung Ihres Gesundheitszustandes eintritt.

Sollten Sie daher wiederum erkranken, so haben Sie zu gewährleisten, daß wir an Ihre Stelle sofort Ersatz einstellen und Ihnen selbst klüßigen müssen.

Vahren, den 22. Juli 1929. Unterzeichnet: Wie festgestellt wurde, hat die Direktion diese Maßnahme getroffen, ohne den Vorstand und Ausschuß der Betriebskrankenkasse zu befragen. Der Betriebsrat wurde wie Luft gehandelt. Mit Recht sagt das genannte Wort: Es ist unerhört, daß die Direktion eines Unternehmens sich erlehnt, Arbeitern vorzuwerfen, sie ziehen sich absichtlich Unfälle zu, um dem Betriebe fernzubleiben.

Das Pflichtexemplar-Gesetz aus dem Jahr 1839. Die Preussische Staatsbibliothek in Berlin hat dem Buchhandel gegenüber in letzter Zeit wiederholt Veranlassung genommen, darauf hinzuweisen, daß die Verfüzung vom Ende 1839 (!) über Ablieferung von Pflichtexemplaren noch gültig ist, wonach auch für alle Neuauflagen, ganz gleichgültig, ob eine textliche Veränderung des Buches vorliegt oder nicht, kostenloser Abgabenzwang für den Verleger besteht.

Wedeutende Büchereispenden englischer Verleger für Japan. Die große Universitätsbibliothek in Tokio war durch das gewaltige Erdbeben im Herbst 1923 fast völlig zerstört worden. Unter dem Vorstz von Balfour und Lord Curzon bildete sich daraufhin ein Ausschuß, der bei der damaligen japanischen Naturkatastrophe vernichteten eng-

lischen Bücher ersetzte. Fast alle englischen Verleger gaben ihre Verlagswerke zu diesem Zwecke kostenlos ab. Diese englische Büchereispende umfaßte Ende 1928 über 30 000 Bände, also mehr als das Zweifelhafte der ganzen literarischen Jahresproduktion Englands. Die britische Labour-Regierung stiftete außerdem die Summe von 25 000 Pfund.

Löhne in America. Der durchschnittliche Wochenverdienst eines gelernten und ungelerten Arbeiters einschließlich des Zugschlags ergab nach den neuesten amtlichen Meldungen in der New Yorker Papierindustrie 29,47 Dollar und im Druckergewerbe und in der Papierverarbeitung 38,30 Dollar. In dem sonstigen Teil der Vereinigten Staaten von Nordamerika liegt der durchschnittliche Wochenverdienst im Druckergewerbe und in der Papierverarbeitung mit knapp 34 Dollar bedeutend niedriger.

Arbeiterlöhne in Rußland. Berechnungen über den durchschnittlichen Tages- und Monatsverdienst eines Industriearbeiters in Sowjet-Rußland ergaben für das Druckergewerbe rund 93 Tsch.-Rubel und für die übrige Papierindustrie rund 66 Tsch.-Rubel pro Monat. In Moskau hatten sich die durchschnittlichen Monatsverdienste eines Arbeiters im Buchdruckergewerbe zum Schluß des Jahres 1928 hin verschlechtert. Während noch vor Jahresfrist als glatter Monatsverdienst mehr als 103 Tsch.-Rubel von einem Druckereiarbeiter nach Hause gebracht werden konnten, beträgt die durchschnittliche Lohnsumme jetzt bedeutend weniger.

Eperanto-Kongreß (S.H.). Zu dem Anfang August im Leipziger „Volkshaus“ stattgefundenen 3. Internationalen Arbeiter-Eperanto-Kongreß waren 662 aktive Teilnehmer aus 22 Ländern erschienen, darunter solche aus Kanada, Afrika, China usw. Zu dem Begrüßungsabend waren Vertreter der Behörden und aller wesentlichen Arbeiterorganisationen gekommen, die Kongreßteilnehmer zu begrüßen, wobei sie teils ihr Bedauern ausdrückten, nicht in der Einzelsprache Eperanto reden zu können. Die eperantistischen Vertreter der verschiedenen Länder erwiderten ihre Grüße. Alle Reden wurden sofort übersetzt. Der eigentliche Kongreß wurde ohne Ausnahme in Eperanto geführt. Neben sechs Vollständigen fanden Unterkonferenzen statt seitens der Erzieher, Staats- und Gemeindearbeiter, Graphiker, Metallarbeiter, Holzarbeiter, Bauarbeiter, Ernährungsarbeiter, Bekleidungsarbeiter, Verkehrsarbeiter, Jugend, Frauen, Freizeiter, Sportler, Radiomaneure, Arbeiterphotographen, Köchinnen, Vegetarier und der politischen Arbeiterparteien. Alle gestellten Anträge wurden reibungslos erledigt insoweit guter Arbeit der Beratungskommission. Scharf wurde die Diskussion durch Angriffe auf die Organisationsleitung. Doch beiderseitige Einigkeit ermöglichte die einstimmige Annahme einer diesbezüglichen Resolution, die für die Zukunft klar die Grenzen der Betätigung der Organisationsorgane anzeigt, wonach diese Organisation dem Klassenkampf dient durch internationale, aufführende, kulturelle Erziehung vermittelt Eperanto. Eine neue Note gab dem Kongreß „Die proletarische Hochschule“ mit Vorträgen über: „Meine Reisen durch Europa und Afrika vermittelt Eperanto“ (Pech Wilken), „Moderne soziologische Sprachwissenschaft und Eperanto“ (Dreger, Wostau), „Sport im Dienste des Proletariats“ (Koppich, Leipzig). Einen würdigen Abschluß dieses arbeitsreichen Kongresses bildete ein „Abschiedsabend“ mit der eingeladenen Leipziger Arbeiterschaft, wofür sich auf aller Überzeugung ein Film vom Verlauf der Kongreßtage gezeigt wurde. Zu erwähnen ist, daß Sport- und Kulturvereine, besonders das Leipziger Arbeiter-Bildungsinstitut hervorragend dazu beitrugen, „Begrüßungs-“ und „Abschiedsabend“ zu verschönern; auch die Gastfreundschaft der Leipziger Arbeiterschaft war rühmlich. Nach der Leipziger Tagung bildeten sich verschiedene Karawanen zu Fahrten nach dem Ergebirge, Mitteldeutschland, Sächsischer Schweiz, Thüringen, Berlin. So schloß diese Veranstaltung, getragen vom wirklichen Geiste internationaler Solidarität.

Die Beteiligung des Auslandes auf der „Internationalen Hygiene-Ausstellung Dresden 1930“. Außerordentlich ist das Interesse des Auslandes für die große „Internationale Hygiene-Ausstellung Dresden 1930“. Auf die Einladung, die durch das deutsche Auswärtige Amt durch die diplomatischen Vertretungen Deutschlands den fremden Staaten übermittelt wurden, sind bisher eine Reihe von Zusagen erfolgt. Außerdem haben zahlreiche Organisationen aus den verschiedensten hygienischen Gebieten des Auslandes sich bereit erklärt, an der „Internationalen Hygiene-Ausstellung Dresden 1930“ mitzuarbeiten. Bis jetzt sind folgende Länder vertreten: Bulgarien, China, Dänzig, Finnland, Frankreich, Lettland, Mexiko, Niederlande, Österreich, Polen, Sowjet-Rußland, Tschechoslowakei, Türkei, Schwiz. Hinzu kommen noch die Hygiene-Sektion des Völkerverbundes und das Internationale Arbeitsamt in Genf. Die noch schwebenden Verhandlungen mit den ausländischen Staaten dürften in Kürze weitere Wünsche ergeben. Die gesamten ausländischen Staaten werden auf der „Internationalen Hygiene-Ausstellung Dresden 1930“ unter dem „Platz der Nationen“ untergebracht.

Kinderarbeit vor 100 Jahren. Die erste deutsche Baumwollspinnerei wurde im Beginn des vorigen Jahrhunderts in Ratingen errichtet. Man nahm dabei die englischen Spinnereien zum Vorbild und benannte die Spinnerei auch mit dem englischen Namen „Cromford“. In jenen Anfangsjahren des modernen Fabrikwesens wurde die Kinderarbeit in Deutschland ebenso wie in England ungeheuer ausgenutzt. Zwar verfuhr man in Deutschland, eine gewisse Kontrolle allzu liberaler Ausschreitungen einzuführen, doch verstanden es die Fabrikanten sehr geschickt, die Inspektionsbeamten zu täuschen. Meist verdeckte man bei Inspektionen rasch die ganz kleinen Kinder in Speichern oder ähnlichen Räumen. Trotz dieser Gefahr es vor etwa 100 Jahren einmal, daß man bei einer von Düsseldorf aus veranstalteten Inspektion einer Fabrik, die einem Herrn Damian Gottfried Hupstons gehörte, 27 kleine Kinder hinter Fässern und Kisten versteckt fanden. Dem Fabrikanten trug das eine Geldstrafe von 50 Taler ein. „Die gewische ich in einer Woche wieder aus den Irden heraus“, soll der gemüthvolle Herr Hupstons damals mit halbem Lachen erklärt haben.

Literarisches

Karl Vegen. Ein Gedächtnisbuch von Th. Leipart. Berlin 1929. Verlagsgesellschaft des Allgemeinen Deutschen Gewerkschaftsbundes. Berlin S 14, Jungfernst. 6a. Ladenpreis in Zehnen geb. 20 M., kart. 6 M.; Examinalpreis 4,50 M., resp. 3,75 M. Mit dieser Gedächtnisbuch Vegen hat uns Vegen ein lebendiges Bild des großen Führers der deutschen Gewerkschaftsbewegung vermittelt, das von niemandem besser gezeichnet werden konnte, als von ihm, dem jugendverbundenen jungen Freund Karl Vegen. Mit solcher Einfachheit schildert er, dem Wesen des Freundes entsprechend, dem Mann, der nicht nur ein Arbeiter, sondern ein Mensch im gewöhnlichen, dazu berufen war, der Gewerkschaftsbewegung in ihren schweren Zeiten Weg und Ziel zu weisen. Aber gerade aus dieser schlichten Schilderung wächst der Mensch und Führer stark Vegen um so größer heraus, und so wird das Gedächtnisbuch in einem gewissen Sinne der Name in der Geschichte der deutschen Gewerkschaftsbewegung an erster Stelle genannt werden wird. Karl Vegen auch nicht der Gründer der deutschen Gewerkschaftsbewegung, so hat er doch durch seinen weltanschaulichen Blick den Grundstein gelegt zu der Ideologie, auf der sich heute die freie deutsche Gewerkschaftsbewegung aufbaut. Die Kampf um die gewerkschaftliche Ideologie haben Karl Vegen und dem gewerkschaftlichen Ideologen des deutschen Arbeiterkampfes, dem gewerkschaftlichen Arbeiterführer, seinen Weg und Ziel zu weisen, aber seinen Jugend- und Wanderjahren, leben wir ihn im Gedächtnisbuch der Dresdener im Anfang seines Schaffens. Und was er vollendet hat, erkennen wir beim Zusammenlesen der verschiedenen der Dresdener Zeitschriften der Vereinigung der Dresdener Zeitschriften gewerkschaftlich wurde. Und als im Jahre 1901 die Generalversammlung der Gewerkschaften abgehalten wurde, da hatte er sich bereits so viele Freunde erworben, daß er in deren ersten Sitzung zum Vorsitzenden bestimmt wurde. Dieser Ehrentitel benannt er sich in der ersten Sitzung zum Vorsitzenden der Gewerkschaften und um ihre politische Neutralität. Er hat sich gegen alle Vermittlung durchgesetzt, und mit Recht konnte bei seinem Ableben gesagt werden, daß die Gewerkschaften ihre reichste Entfaltung dem voranschreitenden Schicksal und der genialen Überlegenheit Karl Vegen in politischen Fragen zu danken haben. So ist Karl Vegen an einem Teil der Gewerkschaftsgeschichte geworden, und in diesem Sinne ist das ihm gewidmete Gedächtnisbuch neben der Würdigung seiner Verdienste ein Stück Gewerkschaftsgeschichte, das jedem interessierten Gewerkschaftler und besonders jedem gewerkschaftlichen Nachwuchs nicht warm genug empfohlen werden kann. Daß ihm als Mensch ein warmes Herz unter dem Panzer seiner eiserne Energie schlug, das geht aus Briefen hervor, die Theodor Leipart in diesem Buche veröffentlicht, und die auch nicht die schärfsten Seiten nicht von ihm freilassen konnte. Was er neben dem Kampf um seine Idee als Arbeiter auf Verbandstagen und Gewerkschaftskonferenzen, auf sozialdemokratischen Parteitagungen und als Mitglied der sozialdemokratischen Reichstagsfraktion geleistet hat, das erleben wir aus seinen hier veröffentlichten Reden und Schriften. 27 Bilder aus Jugend und Militärzeit, 10 Zeichnungen, 20 Zeichnungen und Schaffens sowie seine Marmorbüste und Totenmaske belegen den Lebensweg Karl Vegen in diesem Buche und machen es interessant und wertvoll anzulesen.

Deutscher Drucker

„Deutscher Drucker.“ (Deutscher Buch- und Steindruck.) Mitunterstützung für die graphischen Künste und die Reproduktionstechnik. 5. Jahrgang, Heft 11, Geschäftsstelle Berlin SW 61, Engelberger Straße 40. Preis 1,20 M. (Postgebühren 10 Pf.). Berlin A. Mittelweg 23. 52 Seiten. Preis 1 M. Das vorliegende Heft

paßt sich der Jahreszeit an und bringt für die Verbilligung eine Reihe von Hinweisen für Arbeiterkreise, wie sie sein sollen. Es enthält Anfragen und Verordnungen, Gebote, Erklärungen, Darstellungen und einen Materialnachweis. Das Heftchen kann Verteilern und Veranlassern nicht empfohlen werden.
„Typographische Jahrbücher.“ Verbunden mit dem Mitteln für die typographische Reproduktionstechnik. Heft 8. 1929. Verlag Julius Müller in Weisla.
„Schweizer Graphische Mitteilungen.“ Monatsheft für das graphische Kunstgewerbe. Herausgeber August Müller in El. Gallen. 47. Jahrgang, Heft 8. Abonnementpreis für die Länder des Weltverkehrs 7,50 Fr. halbjährlich.
„Graphische Neuze.“ Eine Zeitschrift für das Buchgewerbe. 34. Jahrgang, 6. Heft. Mit der Beilage „Sprache und Rechtsprechung.“ Hr. 5. Veranlassen von der Wiener Graphischen Verlagsanstalt.
„Die Wilmanns-Polst.“ Herausgegeben von der Mergenthaler Schreibmaschinenfabrik G. m. b. H., Berlin N 4, Chausseestraße 29. Nr. 11.

Briefkasten

Mr. A. in D.: Der erste Satz in der betreffenden Notiz geht allerdings etwas über die rechtlichen Verhältnisse hinaus, er fährt aber seine Korrektur durch den letzten Satz aus dem Urteil des Reichsgerichtes (470/28), worin dem Tarifvertrag eine ausnahmsweise Bedeutung beigemessen wird. — W. S. in W.: Eingangs ist, dann antwortet — W. in W.: Die Vorberingung, daß Manuskripte nicht ausschließlich beizubehalten werden sollen, liegt weit mehr im Interesse der Leser und Korrektoren als in dem der Redaktionen. Die mehr als feine Arbeit der Korrektoren trifft jedoch ganz daneben und wird lediglich auf die Kosten der Redaktionen nicht das geringste zu tun. Dagegen beweist sowohl der anonyme Charakter und die Beschränkung wie die Form der Aufsicht, daß Verneinung und die Beschränkung des Verfassers gleichwohl zu verhindern überflüssig. — S. G. in B.: 3. Juni 1929 Nr. 435. — W. A. in G.: 3. Juni 1929 Nr. 670. — W. A. in R.: 3. Juni 1929 Nr. 570.

Verbandsnachrichten

Verbandsbureau: Berlin SW 61, Dreilindstraße 5. Fernruf: Amt Bergmann 1191, 3141 bis 3145. Bank für den Arbeiter, Angestellten und Beamten. A. D. Berlin S 14, Schillerstraße 65. Postfachkonto Berlin Nr. 10237 87 (S. Schmeißel).
Fernsprechnr., die voranschicklich erst nach Geschäftsbeginn (5 Uhr. Sonntags 11 Uhr) aufzulegen kommen oder Sonntag nachmittag werden müssen, sind anzunehmen für 2 a u b: Bergmann 3142 Nachtzent. für S ch w e i t z: Bergmann 3143 Nachtzent.
Herausgabe eines neuen Adressenverzeichnisses
Anfang Oktober soll das Adressenverzeichnis der Gewerkschafter und -Korrektoren der Bezirksvereine und -Korrektoren der Vertrauensmänner, der Zentralkommissionen und Gewerkschaftsleiter neu aufgelegt werden. Die Vorarbeiten werden erlitten, bis zum 20. September 1929 ein Verzeichnis aller in Frage kommenden Aufschriften in ihrem Sinn, möglichst druckfertig, einzuhandeln, damit die rechtzeitige Fertigstellung des Adressenverzeichnisses gewährleistet wird.
Statistikarten einleiten!
Spätester Einlieferungsstermin für August 9. September. Stellung für die Jährling der Arbeitslosen 31. August. Auf richtige Prantierung der Statistikarten ist zu achten.

Adressenveränderungen

Zwaidl J. G. (W a s c h i n e n f e b r.) Vorsitzender: Robert Heise, Sedanstraße 8, II.
Wilmanns (Wafa), Bezirksverein: Vorsitzender: Hans Scheibner, Wilmanns, Marsstraße 11.
Für Aufnahme gemeldet:
(Einwendungen innerhalb 14 Tagen an die beigeliste Adresse):
Am Gau „An der Enge“ der Drucker: Adolf Schmidt, geb. 1908 in Verkeim, ausgl. in Mandau (Pfalz) 1937, war schon Mitglied. — Hugo Schmidt, Halle a. d. S., Altkönigsstraße 7.
Am Gau Schleswig-Holstein der Maschinenfabriker: Josef Huber, geb. in Erieh (Wöhl) 1899, ausgl. in Heine (Wöhl, Münster) 1920; war schon Mitglied. — Martin Präter in Kiel, Scheuerberger Straße 33p.
Am Gau Württemberg der Drucker Kurt Kiepert, geb. 1909 in Weimar, ausglern dat. 1928, war schon Mitglied. — G. Klein, Zittigart, Deutzelstraße 64.

Reise- und Arbeitslosenunterstützung

Wander. Der Geber Joseph S o p p e aus Raunben (GauBuchnummer 125 854) zur Zeit auf der Reise, wird gebeten, seine Adresse (Postlagerort) anzugeben, da hier eine Geldsendung für ihn liegt. Die Funktionäre werden gebeten, auf diese Notiz aufmerksam zu machen. — Hermann Schent, Raunben, Raunbenstraße 40, I.
Hans S. M. Infolge der vielen Durchreisenden kann das Dringlichkeit, nur noch an Ausgewählte und Nichtwohnende berechtigt geübt werden. Anzahlung beim Kassierer in der Dunderel 2, S o p p e r, Berthel Straße.
Danja. Das Fremdenverkehrsamt befindet sich für Reisende, die die Jugendberufszeit nicht benutzen wollen, in der Herberge zur Heimat, Große Mühlengasse 7. Die Reisekostenverwalter werden gebeten, die Stollen hierauf aufmerksam zu machen.
Ergebnis. Die Anzahlung der Reiseunterstützung ist hiermit bei Paul Feldteller, Jägerstraße 11, von 3 bis 4 Uhr.
Reich (Heg, Düsseldorf). Wegen zu harter Beanpruchung der Drisko wird die Unterstüfung für durchreisende Kollegen ab 1. September bis auf weiteres nicht mehr gezahlt.

Veranstaltungskalender

Eberstadt. Bezirksversammlung Sonntag, den 29. September, vormittags 9.30 Uhr, in Bernau bei Berlin im Volkshaus „Beloune“. Beiträge bis spätestens 16. September an den Vorsitzenden.
Erfurt. Vereinigung der Streckenreue und Gauvorsitzenden (am Gau Thüringen). S a b a t a d e r s V e r s a m m l u n g Sonntag, den 8. September, vormittags 10 Uhr, im Volkshaus zu Erfurt.
Groschwitz-Reuau-Zwenkau. V e r s a m m l u n g Sonntag, den 29. September, 10.30 Uhr, im Kantower. Beiträge bis zum 15. September an den Bezirksvorsitzenden.
Hildesheim. B e r e i t e t e V e r s a m m l u n g Sonntag, den 29. September in W o h l t e n (W o h l t e n). Beiträge bis 14. September an den Vorsitzenden Freireit, Sprengerstraße 1.
Münster i. W. Bezirksversammlung Sonntag, den 8. September, nachmittags 2 Uhr, in Delde i. B.

Anzeigenpreise: 15 Pf. die siebengefaltene Millimeterhöhe für Stellenangebote und -angebote sowie für Anzeigen kollegialer Herkunft (d. h. Vereins-, Fortbildungs- und Todesanzeigen); 30 Pf. für Anzeigen geschäftlicher Art

Anzeigen

Annahmeschluss: Montag und Donnerstag früh für die jeweilige nächst erscheinende Nummer. Anzeigenaufgaben für den „Korrespondent“ möglichst nur durch Einzahlung auf das Postfachkonto Berlin NW Nr. 26870

Advertisement for 'Jedem Haus der kleine Brockhaus' featuring an illustration of a house and text describing the benefits of the encyclopedia for every household.

Advertisement for 'Berliner Korrektorenverein' including details about a monthly meeting, a typewriter contest, and contact information for the board.

Advertisement for 'Billige böhm. Bettfedern' featuring an illustration of a swan and listing various types of bedding with prices.

Advertisement for 'Handwalzen' (hand rollers) for printing, including technical specifications and contact information for the manufacturer.

Advertisement for 'Verein Leipziger Drucker' regarding a meeting in Altenburg, including the agenda and contact details for the board.

Advertisement for 'Andrunder an Buchdruckhandpresse' and 'Farbenmischer', providing information on equipment and color mixing services.

Advertisement for 'Typographisches Orchester' and 'MUSIK Instrumente', listing instruments and contact information.

Advertisement for 'Karl Schulz' featuring an illustration of a man and text about his work and contact details.

Das segensreiche Wirken der Büchergilde Gutenberg wurde wiederholt von uns anerkannt. „Volkstimme“ (Frankfurt a. M.)

Verlag: Kreuzverlag des Verbandes der Deutschen Buchdrucker, G. m. b. H., Berlin SW 61, Dreilindstraße 5 + Verantwortlich für den gesamten Inhalt: Karl Schaeffer, Berlin SW 61, Dreilindstraße 5. Annahmestelle für Anzeigen: Berlin SW 61, Dreilindstraße 5 + Fernruf für den „Korrespondent“: Berlin, Amt Bergmann 1191, 3141-3145 + Druck: Buchdruckerei, G. m. b. H., Berlin SW 61, Dreilindstraße 5